

Schwieriges Wachstum: Bevölkerungsdynamik - das vergessene Thema der Entwicklungspolitik

Sippel, Lilli; Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sippel, L., Woellert, F., & Klingholz, R. (2010). *Schwieriges Wachstum: Bevölkerungsdynamik - das vergessene Thema der Entwicklungspolitik*. (Discussion Paper / Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 4). Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-318198>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Schwieriges Wachstum

Bevölkerungsdynamik – das vergessene
Thema der Entwicklungspolitik

Von Lilli Sippel, Franziska Woellert und Reiner Klingholz

Was hat Bevölkerung mit Entwicklung zu tun?

Das westafrikanische Niger gehört zu jenen Ländern, denen hierzulande kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. Kurzfristiges Medieninteresse erweckt es nur, wenn die Hälfte der Bevölkerung von einer Hungerkatastrophe bedroht ist, wenn bewaffnete Konflikte mit der Stammesbevölkerung im Norden des Landes aufflammen oder wenn das Militär den Präsidenten gewaltsam aus dem Amt drängt wie im Februar 2010. Positive Entwicklungen scheint es nirgendwo zu geben. In dieser vermeintlich ausweglosen Lage wird die nigrische Bevölkerung mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen.

Dabei lohnt sich ein eingehender Blick auf das Land und insbesondere auf seine Menschen – genauer gesagt auf die Entwicklung der Bevölkerung. Niger führt nämlich so einige demografische Weltranglisten an. Mit durchschnittlich über sieben Kindern pro Frau weist das Land die höchste Fertilitätsrate und auch das stärkste natürliche Bevölkerungswachstum der Welt auf. Alleine in den vergangenen 20 Jahren hat sich die Einwohnerzahl auf knapp 16 Millionen verdoppelt. 2050 dürfte sie sich noch einmal mehr als verdreifacht haben, so dass dann etwa 58 Millionen Menschen in dem dünnen Land leben werden. Zusammen mit einer extrem niedrigen Lebenserwartung von nur 52 Jah-

ren führen die hohen Geburtenzahlen zu der jüngsten Bevölkerung weltweit: Das Alter, das die Nigrer in eine jüngere und ältere Hälfte teilt, liegt bei nur 15 Jahren. In Deutschland liegt dieses sogenannte Medianalter bei 44 Jahren.¹

Die hohe Geburtenrate bringt viele Probleme mit sich, denn all die nachkommenden jungen Menschen wollen essen, arbeiten, sich bilden und medizinisch versorgt werden. Selbst bei funktionierenden Strukturen könnte der dringend benötigte Ausbau der Infrastruktur mit einem solchem Wachstum der Bevölkerung kaum Schritt halten. Doch Niger zählt zu den „gescheiterten Staaten“, das heißt, es kann seinen Bürgern weder Sicherheit noch Rechtsstaatlichkeit, geschweige denn Wohlfahrt garantieren.

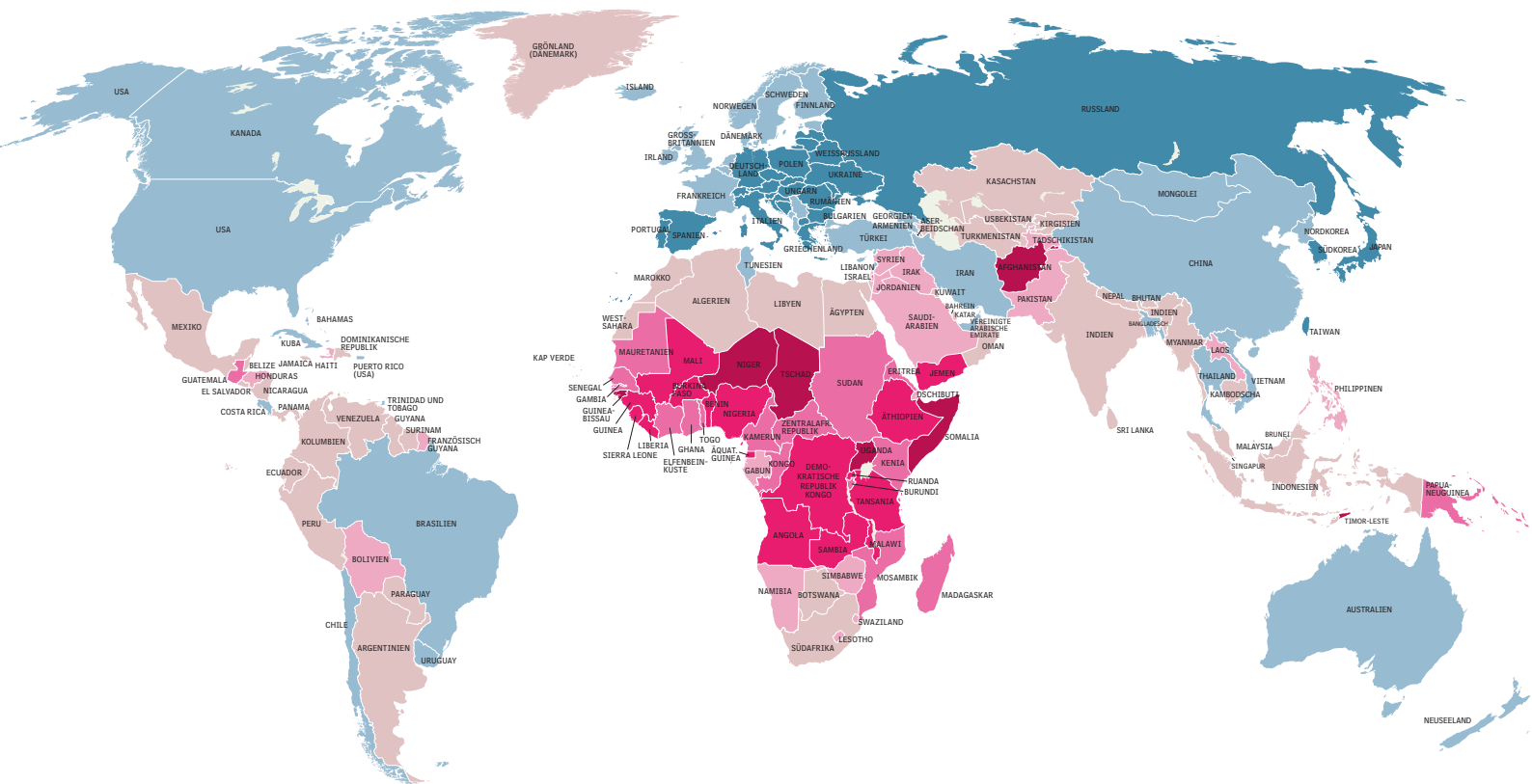
Die Lebenssituation der Menschen ist entsprechend schlecht, worunter vor allem die Kinder leiden. 85 von 1.000 Neugeborenen sterben noch vor ihrem ersten Geburtstag¹ und gut die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren ist aufgrund mangelhafter Ernährung zu klein für ihr Alter.² Nur die Hälfte der Kinder besucht überhaupt eine Grundschule, die Chance auf einen weiterführenden Abschluss erlangen dann nur noch zehn Prozent.² Die Analphabetenrate Nigers liegt damit noch heute bei über 70 Prozent.² Dazu kommt, dass über 80 Prozent der Bevölkerung auf dem Land leben, wo Arbeitsplätze rar sind und sich die Menschen überwiegend über eigene landwirtschaftliche Erträge versorgen.¹ Doch nur etwa ein Drittel der Fläche des Landes ist überhaupt landwirtschaftlich nutzbar.² Der Rest ist von Wüste bedeckt, die sich immer mehr ausbreitet. Schwankende

Niederschlagsmengen erschweren zusätzlich den Anbau. So kommt es, dass fast 90 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt von weniger als zwei US-Dollar am Tag bestreiten.³ Gesamtwirtschaftlich schlagen sich die schlechten Lebensbedingungen ebenso deutlich nieder. So lag im Jahr 2008 das durchschnittliche Bruttonationaleinkommen pro Einwohner bei nur 680 US-Dollar.⁴ Vor diesem Hintergrund wundert es kaum noch, dass Niger im internationalen Ranking für menschliche Entwicklung, beim Human Development Index (HDI), den letzten Platz belegt.³

Problemregion Subsahara-Afrika

Niger mag als Extrem erscheinen, doch in vielen anderen afrikanischen Staaten südlich der Sahara lassen sich ganz ähnliche Bedingungen beobachten: Entwicklungsprobleme und schwache staatliche Strukturen treffen auf ein immenses Bevölkerungswachstum. Damit ist Subsahara-Afrika insgesamt gesehen nicht nur der ärmste Teil der Welt, sondern auch derjenige mit dem schnellsten Zuwachs an Menschen. Mit durchschnittlich rund fünf Kindern pro Frau dürfte sich die Bevölkerung in der Region bis 2050 mehr als verdoppeln und um fast eine Milliarde Menschen zunehmen.¹

Auch in Asien und Lateinamerika, wo durchschnittlich jeweils etwa 2,3 Kinder pro Frau geboren werden, wächst die Bevölkerung. Bis 2050 ist in beiden Regionen mit einem Zuwachs von etwa 20 Prozent zu rechnen – in absoluten Zahlen sind das rund 1,1 Milliarden respektive 140 Millionen Menschen mehr als heute. Allein Indien und Pakistan werden bis 2050 zusammen fast so viele Einwohner hinzugewinnen, wie heute in den EU-Ländern leben. Europa muss sich dagegen als einziger Kontinent auf einen Bevölkerungsrückgang von rund sechs Prozent einstellen.¹



Wo es viele Kinder gibt

In Subsahara-Afrika ist die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau weltweit am höchsten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt dort in ländlichen Regionen mit unzureichender Infrastruktur. Es gibt weder genügend Schulen noch Krankenhäuser. Mütter- und Kindersterblichkeit zählen zu den höchsten der Welt. Da es auch an Renten- und Krankenversicherungen mangelt, sind Eltern auf die Hilfe ihrer Kinder angewiesen, um das Armutsrisiko gering zu halten. Oft wünschen sich Frauen dennoch weniger Kinder, doch moderne Verhütungsmittel wie Pille oder Kondom sind schwer zu bekommen. Im Gegensatz dazu schrumpft die Bevölkerung in Europa und Teilen Asiens, denn hier werden weniger Kinder geboren, als zum Erhalt der Elterngeneration nötig sind.

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau im Jahr 2009

- 1,5 und weniger
- 1,51 bis 2,1
- 2,11 bis 2,99
- 3 bis 3,99
- 4 bis 4,99
- 5 bis 5,99
- 6 oder mehr

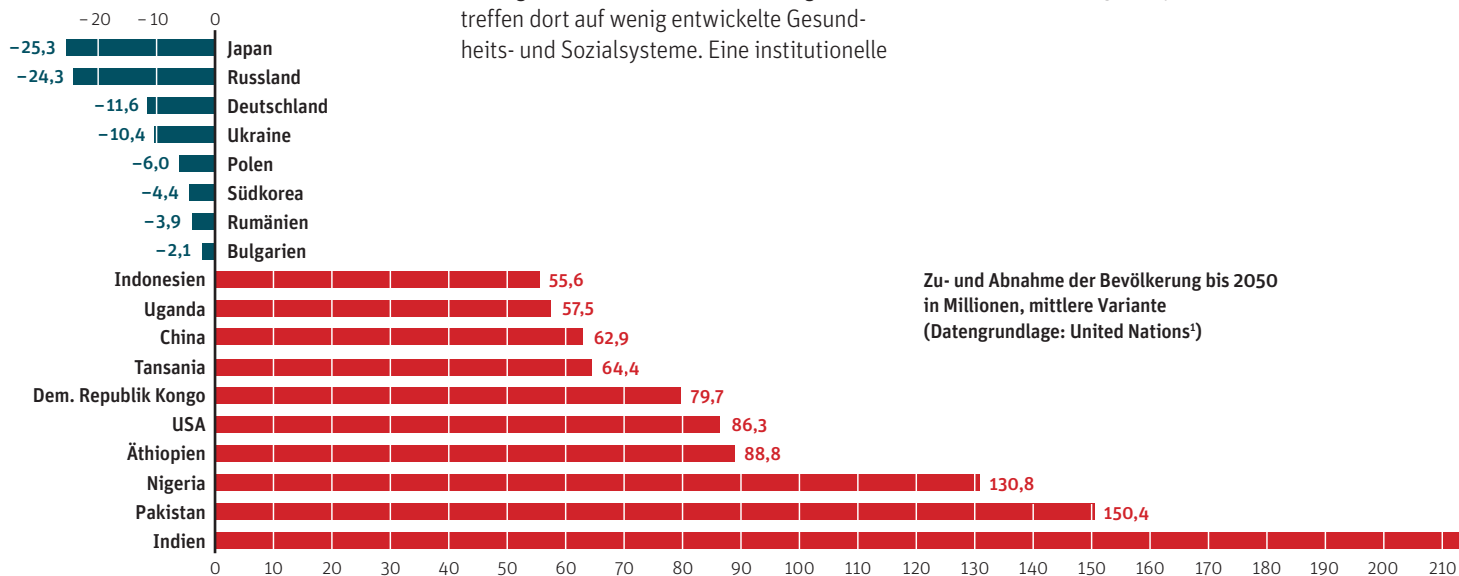
(Datengrundlage: United Nations¹⁾)

Die genannten Zahlen entsprechen dem mittleren Wachstumsszenario der Vereinten Nationen. Manche Experten bezweifeln allerdings, dass diese Variante eintreffen wird.⁵ Sie geht nämlich davon aus, dass die Fertilitätsrate von heute 2,5 Kindern pro Frau im weltweiten Durchschnitt bis 2050 auf glatt zwei Kinder sinkt. Dieser Rückgang dürfte mit den aktuellen Bemühungen im Bereich der Familienplanung nur schwerlich zu erreichen sein. Werden hier keine weiteren Anstrengungen unternommen und bliebe die Fertilitätsrate auf dem heutigen Stand, so würde die Bevölkerung deutlich stärker wachsen – und zwar in fast allen Regionen. Für die Weltbevölkerung würde das bedeuten, dass es 2050 rund elf Milliarden Menschen geben könnte statt 9,2 Milliarden, wie von den Vereinten Nationen in ihrer mittleren Prognose angenommen.⁵

Fast das gesamte weltweite Bevölkerungswachstum geht also auf das Konto der Entwicklungsländer, womit die Welt demografisch gesehen zweigeteilt ist. Auf der einen Seite stehen die jungen, schnell wachsenden Bevölkerungen der Entwicklungsländer, auf der anderen Seite die alternden und häufig schrumpfenden Gesellschaften Europas und Ostasiens.

Geteilte Welt: Wachstum und Schrumpfung

Von Japan bis nach Europa erstreckt sich der Gürtel jener Länder, die bereits heute Bevölkerung verlieren oder in absehbarer Zeit schrumpfen werden. Demgegenüber wachsen die meisten Gesellschaften Asiens und Afrikas weiter, weil dort deutlich mehr Menschen geboren werden als sterben. Das Wachstum in den USA gründet vor allem auf attraktiven Zuwanderungsbedingungen. Allein Indien wird bis 2050 deutlich mehr Menschen hinzugewinnen, als heute in den USA leben. Zwar ist die Fertilität der Inderinnen mit durchschnittlich 2,7 Kindern längst nicht mehr so hoch wie noch in vielen afrikanischen Ländern, doch sind etwa 40 Prozent der Inder heute jünger als 20 Jahre und damit im oder kurz vor dem potenziellen Elteralter. Trotz des Trends zur Kleinfamilie dürften sie in absoluten Zahlen mehr Kinder auf die Welt bringen als ihre Eltern.



Zu- und Abnahme der Bevölkerung bis 2050 in Millionen, mittlere Variante (Datengrundlage: United Nations⁴)

Die neuen Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit: Alterung und Migration

Die ungleiche Bevölkerungsdynamik weltweit bringt neue Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit mit sich. Einerseits verdoppeln einige Länder Subsahara-Afrikas ihre Einwohnerzahlen innerhalb kurzer Zeit, andererseits sind die Geburtenraten in vielen Ländern Asiens oder Lateinamerikas bereits gefallen und die Gesellschaft altert dort. Nationale und internationale Migrationsbewegungen können Probleme verschärfen oder aber als Chance verstanden werden.

In Schwellen- und ehemaligen Entwicklungsländern wie China oder Südkorea altern die Gesellschaften deutlich schneller als in Europa. So hat es in Frankreich 115 Jahre gedauert, bis sich der Anteil der über 60-Jährigen von sieben auf 14 Prozent verdoppelt hat – Thailand benötigt für die gleiche Entwicklung voraussichtlich nur 20 Jahre.⁶ Bis 2050 dürften weltweit etwa 1,5 Milliarden Menschen leben, die älter als 64 Jahre sind – drei Viertel von ihnen in den heutigen Entwicklungsländern, denn auch dort steigt im Allgemeinen die Lebenserwartung.¹ Sie treffen dort auf wenig entwickelte Gesundheits- und Sozialsysteme. Eine institutionelle

Altersversorgung gibt es meist nur in der formellen Wirtschaft und im Staatsdienst. Frauen sind besonders durch Altersarmut gefährdet, denn im Vergleich zu Männern haben sie eine höhere Lebenserwartung, erzielen im Laufe ihres Lebens weniger Einkommen und sind im sozialen Leben oft benachteiligt. Ein weiterer Brennpunkt sind ländliche Regionen, insbesondere, wenn durch Migration oder HIV/Aids traditionelle familiäre Netzwerke verloren gehen.

Bevölkerungsdruck, politische Instabilität, Naturkatastrophen und Klimawandel, aber auch die Perspektivlosigkeit vieler junger Erwachsener auf dem Land sowie die von den Medien transportierten Verheißungen von einem besseren Leben lösen Migrationsbewegungen aus. Insgesamt gibt es rund 214 Millionen internationale Migranten.⁷ Dazu kommen noch Menschen, die innerhalb eines Staates wandern – vor allem vom Land in die Städte –, deren Zahl aber international nicht erhoben wird. Etwa die Hälfte der Migranten lebt in Entwicklungsländern, die meist mit der Bewältigung der Wanderungsströme sowie den Integrationsaufgaben überfordert sind. So findet ein Großteil der afrikanischen Migration innerhalb Afrikas statt, was häufig zu neuen Verteilungskämpfen führt.

In die Industrieländer wandern vor allem besser Qualifizierte ab. Dies führt zunächst zu einem Verlust an Humanvermögen für die Entwicklungsländer, dann aber auch zu Rücküberweisungen, die in der Summe fast das Dreifache der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe ausmachen.⁸ Schließlich kann eine zirkuläre Migration entstehen, bei der Qualifizierte zurück in ihre Ursprungsländer ziehen, um dort mit dem im Ausland erworbenen Knowhow Investitionen zu tätigen.⁹

Entwicklungszusammenarbeit ohne Bevölkerungspolitik?

In den meisten Programmen nationaler wie internationaler Entwicklungsstrategen und Politiker wird das hohe Bevölkerungswachstum im südlichen Afrika höchstens am Rande erwähnt. Stattdessen konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit auf die Bekämpfung einzelner Probleme, indem sie zum Beispiel versucht, die Gesundheit von Müttern zu fördern, die Kindersterblichkeit zu verringern, die HIV/Aids-Pandemie einzudämmen oder den Zugang zur Grundschulbildung zu verbessern. All dies sind wichtige Ansätze, um den armen Ländern neue Perspektiven zu bieten. Sie sind sogar so wichtig, dass ihre Umsetzung im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen jeweils zu einem Millenniums-Entwicklungsziel erklärt wurde. Doch es stellt sich die Frage, ob die Probleme nicht einer übergeordneten Strategie anstelle von Einzellösungen bedürfen.

Tatsächlich werden ganzheitliche Ansätze in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit schon seit längerem gefordert und auch konzeptionell ausgearbeitet. In der Praxis setzen sie sich jedoch nur sehr schwer durch. Das liegt zum Teil daran, dass es einfacher ist, Grundschulen zu bauen, als die Bildung von Kindern mit Fragen zu Hygiene und Gesundheit, mit Mikrokrediten sowie der Gleichstellung von Frauen zu verknüpfen. Ein auf ein einzelnes Thema reduziertes Projekt lässt sich besser planen und durchsetzen, sowohl bei den Regierungsgremien der Gebernationen als auch bei denjenigen, die das Geld empfangen und die Projekte durchführen sollen. So erklären sich die vielen Themenschwerpunkte in der Entwicklungspolitik, die nur selten im großen Zusammenhang diskutiert werden.

Die Folge sind Projekte mit nur begrenztem Wirkungsgrad. Im schlimmsten Fall können sich einzelne Projekte in ihrer Wirkung sogar gegenseitig aufheben. Zudem werden in der Entwicklungszusammenarbeit oft – und notgedrungen – Symptome behandelt, statt Ursachen bekämpft: Aufforstung statt Waldschutz oder finanzielle Hilfen statt Beseitigung von Handelsbarrieren. Es werden zum Beispiel auch Projekte zum Konfliktmanagement in Regionen durchgeführt, in denen Flüchtlingsströme zu ethnischen Spannungen oder Verteilungsproblemen führen, statt die Ursachen dieser Ströme in den Herkunftsregionen anzugehen. Am Anfang der Wirkungskette, die vielen Problemen zugrunde liegt, steht ein starkes Bevölkerungswachstum, das zu einer Überbelastung natürlicher und finanzieller Ressourcen führt. Doch auf dieses nehmen die genannten entwicklungspolitischen Interventionen keinen Einfluss, es wird im Allgemeinen nicht einmal thematisiert.

Lässt sich Bevölkerungsentwicklung überhaupt politisch steuern?

Generell lassen sich drei Ansätze zur Bevölkerungsregulierung unterscheiden. Erstens solche, die direkt Einfluss auf die Zahl der Geburten nehmen, wie zum Beispiel die staatlich auferlegten Zwangsmaßnahmen der Ein-Kind-Politik in China. Zweitens Programme, die Wissen und Methoden zur Verhütung bereitstellen und damit Frauen und Männer befähigen, selbst die gewünschte Kinderzahl zu bestimmen. Und drittens Ansätze, die reproduktive Entscheidungen indirekt beeinflussen, wie Zugang zu Bildung, die Förderung von Frauenrechten oder eine wirtschaftliche Entwicklung mit verbesserten Arbeitsmärkten. Als nachhaltig hat sich ein Zusammenführen der letzteren beiden Ansätze erwiesen.¹⁰

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als das Bevölkerungswachstum vor allem in den Entwicklungsländern ein bis dato unbekanntes Ausmaß erreicht hatte, wuchs die Sorge vor einer „Bevölkerungsexplosion“. Aus Angst vor Hungersnöten und einer Übernutzung der Erde ging es dabei bis in die 1980er Jahre hauptsächlich um die Reduzierung der Geburtenraten. Einige Entwicklungsländer integrierten Familienplanung in ihre Entwicklungsstrategien. Manche in einer sanfteren Form, indem sie die Verbreitung von Verhütungsmitteln unterstützten, wie zum Beispiel in Thailand oder Bangladesch. Andere wählten zeitweise dogmatischere Methoden wie die (Zwangs-)Sterilisation in Indien oder die noch heute geltende Ein-Kind-Politik Chinas.¹¹

Gerade letztere Beispiele lösten massive Proteste aus, weil sie einen starken Eingriff in die Privatsphäre darstellen. Vielen Kritikern waren die Programme außerdem zu einseitig auf die Reduzierung der Geburtenraten ausgerichtet. Zu ihnen gehörten zumeist Politiker aus den ärmeren Ländern selbst, die sich durch die Förderung von Familienplanung von den Industrienationen bevormundet fühlten. Sie befürworteten stattdessen eine Politik, die ausschließlich wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert – der Geburtenrückgang käme dann von allein. „Entwicklung ist die beste Verhütung“, so brachten es Vertreter dieser Fraktion auf der ersten Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest 1974 auf den Punkt.¹² Trotz ihrer Meinungsunterschiede einigten sich die teilnehmenden Staaten in Bukarest auf den sogenannten World Population Action Plan, in dem Familienplanung mit weiteren Entwicklungsmaßnahmen verknüpft wurde.¹³

Doch der Streit zwischen den verschiedenen Fraktionen entwickelte sich weiter und eskalierte 1984 auf der zweiten Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko City. Die Vereinigten Staaten, bisher größter Befürworter und Zugpferd für eine staatliche, regulierende Bevölkerungspolitik, zogen sich weitgehend aus diesem Bereich zurück, weil sich viele Programme zur Familienplanung und reproduktiven Gesundheit auch für medizinisch und hygienisch unbedenkliche Umstände bei Schwangerschaftsabbrüchen einsetzen. Die damalige Regierung von Präsident Ronald

Reagan reagierte damit auf den Druck der Abtreibungsgegner, die insbesondere aus dem Lager der religiösen Rechten in den USA kamen. Sie wurden aus dem Vatikan unterstützt, fanden aber auch Verbündete in den konservativen islamischen Staaten. Unter dem Stichwort „Mexico City Policy“ förderten die USA keine Projekte mehr, die auch nur im weitesten Sinne Abtreibungen erlaubten oder begünstigten.¹⁴ Auch gab es deutliche Einschnitte in der finanziellen Unterstützung für bevölkerungspolitische Maßnahmen.¹⁵

In den folgenden zehn Jahren nahm die internationale Bevölkerungspolitik eine weitere Wende. Zum einen rückten andere demografische Probleme wie die HIV/Aids-Pandemie stärker in den Vordergrund. Zum anderen fand ein Umdenken statt, weg von dem staatlich verordneten Zwang zur Familienplanung hin zum individuellen Recht auf Gesundheit insbesondere für Schwangere und Neugeborene. Im Mittelpunkt standen dabei die Umsetzung von Familienplanung als Menschenrecht sowie die Gleichberechtigung und die Gesundheit der Frauen.¹⁴ Diese Neuausrichtung wurde auf der dritten Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo in einem detaillierten Aktionsprogramm manifestiert.¹⁶ Die Geberländer einigten sich darauf, ein Drittel der bis 2005 anfallenden Kosten von geschätzt 6,1 Milliarden US-Dollar jährlich zu übernehmen.¹⁵

Umgesetzt wurde von den Versprechungen bisher jedoch kaum etwas. Der Druck der Familienplanungsgegner – bis vor kurzem unter Federführung von US-Präsident George W. Bush – war zu groß, so dass es Staaten und entwicklungspolitischen Institutionen fast unmöglich war, Fördergelder für Familienplanungsprojekte bewilligt zu bekommen.¹⁵ Auch bei den Verhandlungen um die Millenniums-Entwicklungsziele wurde das Thema Bevölkerungswachstum komplett ausgeklammert.

Zwar sind unter den Zielen einige Vereinbarungen aus dem Bereich der reproduktiven Gesundheit wie die Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit und die Eindämmung der HIV/Aids-Pandemie. Doch Möglichkeiten, das Bevölkerungswachstum zu senken, etwa durch die Verbesserung des Verhütungsangebots in Entwicklungsländern, werden gar nicht erwähnt. Dabei gefährdet gerade das starke Bevölkerungswachstum das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele, denn seit ihrer Formulierung im Jahr 2000 ist die Weltbevölkerung von 6,1 Milliarden auf 6,9 Milliarden gewachsen.¹

Entwicklungschancen durch Geburtenrückgang

Der Zusammenhang von Entwicklungsproblemen und Bevölkerungswachstum wird seit der Kairo-Konferenz systematisch verkannt, wenn nicht gar ignoriert. Dabei lohnt es sich, den Aufstieg ehemals armer Länder, die sich mittlerweile demografisch und wirtschaftlich weiterentwickelt haben, zu rekonstruieren. Denn ausgehend von Südkorea und anderen südostasiatischen Staaten, über weitere Länder in Asien, Lateinamerika und Nordafrika hinweg, gingen sinkende Geburtenraten mit einem wirtschaftlichen Aufschwung und

steigendem Bildungsniveau einher, wobei Ursache und Wirkung nicht voneinander zu trennen sind. Mit Ausnahme der kapitalkräftigen Ölstaaten hat bisher kein Land mit einer hohen Geburtenrate einen höheren sozioökonomischen Entwicklungsstand erreicht.

Die einst armen Länder folgen damit im Prinzip den früh industrialisierten Ländern, in denen die Fertilität im Zuge ihrer wirtschaftlichen Entwicklung kontinuierlich gefallen ist und die damit den **demografischen Übergang** durchlaufen haben. Das heißt, dort sanken nach einer langen vorindustriellen Phase mit hohen Geburten- und Sterberaten zunächst die Sterberaten aufgrund verbesserter Lebensbedingungen. Dadurch kam es zu einem starken Wachstum der Bevölkerung. Bedingt durch bessere Bildung sowie wirtschaftliche Entwicklung sanken anschließend die Geburtenraten. Das Bevölkerungswachstum verlangsamte sich und ist in einigen Ländern sogar in ein Schrumpfen umgeschlagen.

Doch während der demografische Übergang in den frühen Industrienationen rund 200 Jahre in Anspruch nahm, hat er in Staaten wie Südkorea, Singapur, Taiwan, aber auch in China und anderen Ländern nur einige Jahrzehnte gedauert. Dass dort die Geburtenraten schneller gefallen sind als zuvor in den Industrienationen, liegt auch daran, dass die Regierungen das starke Bevölkerungswachstum als Problem erkannt und daraus eine Bevölkerungspolitik abgeleitet haben. Zudem waren anders als zu früheren Zeiten wirksame und sichere Mittel zur Familienplanung verfügbar.

Vom demografischen Bonus zur demografischen Dividende

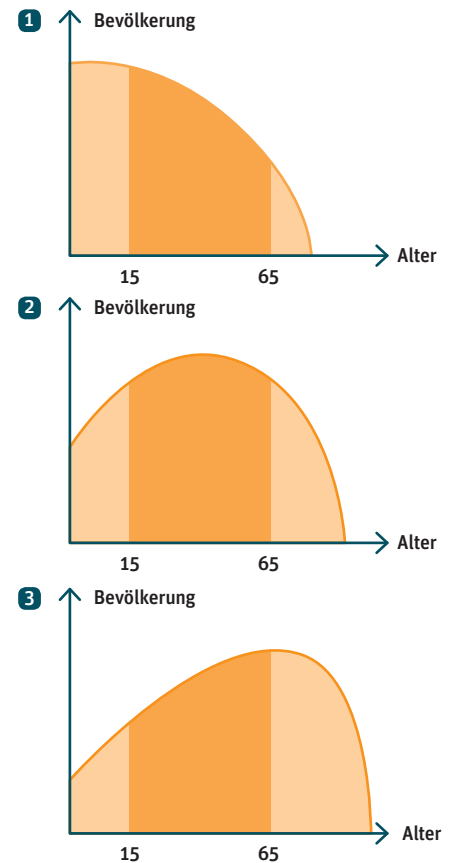
Am Beispiel Südkorea lässt sich leicht nachvollziehen, wie diese Entwicklung verläuft: Staatlich geförderte Familienplanungskampagnen haben dort in den 1960er Jahren den Zugang zu modernen Verhütungsmethoden verbessert und erfolgreich für ein Leben mit weniger Kindern geworben. Binnen einer Generation sank die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von etwa sechs im Jahr 1960 auf 1,6 im Jahr 1990.¹

So ging der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung zurück, während die Quote der erwerbsfähigen Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren stieg. Gleichzeitig hatten Familien und Staat mehr Geld zur Verfügung, weil weniger Kinder nachwachsen, die versorgt werden mussten. Vor allem die geburtenstarken Jahrgänge im besten Arbeitsalter konnten damit zum Wohlstand ihres Landes beitragen.

Dieser Zustand wird als **demografischer Bonus** bezeichnet, weil er einer Gesellschaft völlig neue Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Der Bonus kann allerdings nur zeitlich begrenzt als „Dividende“ geerntet werden. Er verfällt, wenn die große Zahl der jungen Erwachsenen ungenutzt aus ihrem produktivsten Alter herauswächst. Eine günstige Altersstruktur allein bedeutet somit noch keine sichere Entwicklung. Vielmehr kommt es darauf an, dass, sobald der demografische Bonus verfügbar ist, massiv in Arbeitsplätze investiert wird. Nur unter dieser Bedingung finden die vielen jungen Erwachsenen Beschäftigung in den ersten entstehenden Industrie- und Produktionsbetrieben, die auf eine große Zahl von Arbeitskräften angewiesen sind. Zugleich sind Investitionen in Bildung dann vor allem für die jüngere, nachwachsende und kleinere Generation notwendig, weil die zweite Phase der Industrialisierung eine höhere Qualifikation erfordert.

Der demografische Bonus

In der ersten Phase einer sozioökonomischen Entwicklung ist die Bevölkerung sehr jung und die Abhängigkeit von den erwerbstätigen Erwachsenen ist hoch. Da aber auch die Sterblichkeit hoch ist, gibt es wenig alte Menschen, die versorgt werden müssen. Wenn dann die Geburten- und Sterberaten sinken, verschiebt sich in der zweiten Phase der Schwerpunkt der Bevölkerung ins erwerbsfähige Alter. Gelingt es, diesen demografischen Bonus zu nutzen, kann sich ein Land gut entwickeln und eine demografische Dividende einfahren. In der dritten Phase altert die Bevölkerung, weil immer weniger Kinder nachwachsen und die Lebenserwartung steigt. Bis dahin muss ein Land von der Arbeitskraft seiner Menschen so weit profitiert und sich wirtschaftlich entwickelt haben, dass der Wohlstand ausreicht, um die wachsende Zahl von Älteren zu versorgen.



Sind all diese Voraussetzungen erfüllt, was in Südkorea mustergültig der Fall war, lässt sich der demografische Bonus als **demografische Dividende** einstreichen. Mit den höheren Einkommen – etwa in der Industrie statt in der Landwirtschaft – gewannen die Südkoreaner neue Lebensoptionen, in denen Kinder eine geringere Rolle spielten als zuvor. Die Fertilität sank weiter. Das Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich und mit ihm der Lebensstandard. Gleichzeitig stiegen die Steuereinnahmen und es wurden Mittel zum Ausbau der Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen frei. Schließlich wuchs eine zahlenmäßig zwar kleinere, aber besser gebildete und gesündere Generation heran, die ihrerseits im Erwachsenenalter noch produktiver wurde als ihre Elterngeneration.

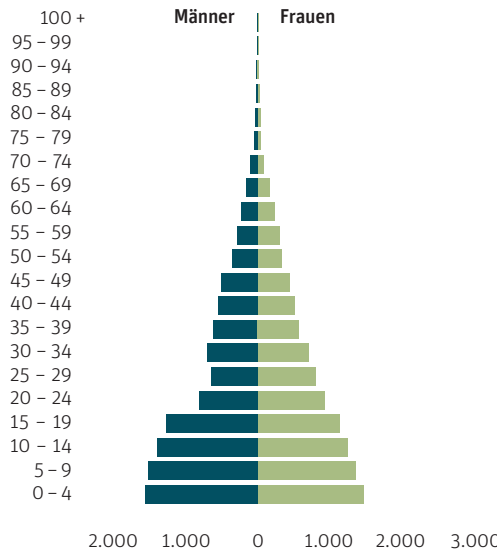
Im Verlauf dieser Entwicklung veränderte sich die Altersstruktur enorm: Während Mitte der 1960er Jahre auf 100 erwerbsfähige Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren mehr als 80 überwiegend jüngere und sehr wenige ältere Menschen kamen, die es zu versorgen galt, waren es zwanzig Jahre später nur noch rund 50. Heute sind es sogar nur 37. Der gewaltige Rückgang der Kinderzahlen bedeutet allerdings auch, dass Südkoreas Bevölkerung bald schon sehr stark altern und dass sich damit der Anteil der zu Versorgenden wieder erhöhen wird. Schon heute sind elf Prozent der Südkoreaner 65 Jahre alt oder älter. Bis 2050 dürften es 34 Prozent sein. Das Median-Alter liegt aktuell bei etwa 38 Jahren und dürfte sich in vierzig Jahren auf 54 Jahre erhöht haben.¹ Doch darauf kann sich Südkorea vorbereiten, denn das Land verfügt über eines der am besten entwickelten sozialen Sicherungssysteme Asiens.¹⁷

Südkorea hat es verstanden, sein demografisches Potenzial optimal zu nutzen und seine Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu integrieren – auch viele Frauen. Damit wurde das Land für Privat- und Auslandsinvestoren im Laufe seiner Industrialisierung immer interessanter. Es hat sich von einem bettelarmen Staat, dem nach Ende des Koreakrieges 1953 kaum jemand eine Chance zugebilligt hatte, zu einer High-Tech-Nation entwickelt. Südkorea gehört, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, zu den 15 reichsten Staaten der Welt, erzielt bei internationalen Bildungsvergleichen Spitzenwerte und stellt in vielen Bereichen weltführende Unternehmen.¹⁸

Von der Pyramide zum Baum: Wie sich die Gesellschaft Südkoreas verändert

1955 gleicht die Bevölkerungsstruktur Südkoreas noch der Form einer Pyramide, wie sie für Entwicklungsländer typisch ist: Viele Kinder werden geboren, und weil die Sterblichkeit in allen Altersklassen hoch ist, nimmt die Zahl der Menschen mit steigendem Alter ab. Zwanzig Jahre später sind bereits die ersten Auswirkungen der staatlichen Bevölkerungspolitik zu erkennen – es werden weniger Kinder geboren. In den 1990er Jahren profitiert das Land deutlich von seinem demografischen Bonus: **Die Gruppe der jungen Erwachsenen im Alter von 15 bis 34 Jahren ist am stärksten besetzt.** Dank hoher Investitionen in Arbeitsplätze finden sie weitgehend Beschäftigung. Gegenwärtig nähert sich diese starke Generation dem Rentenalter. Das Ausmaß der Alterung lässt sich an der Prognose für 2050 erahnen. Bis dahin dürften 34 Prozent der Südkoreaner über 64 Jahre alt sein.

Südkorea 1955



1975



Anzahl der Personen in der jeweiligen Altersklasse in 1.000 (Datengrundlage: United Nations¹)

Wer hat seine demografische Dividende genutzt und wo lässt der Erfolg noch auf sich warten?

Südkorea gilt als Musterbeispiel für die Nutzung der demografischen Dividende – aber keinesfalls als Ausnahme. Andere sogenannte Tigerstaaten wie Taiwan, Thailand, Malaysia oder Indonesien sind zeitversetzt in den 1990er Jahren den gleichen Weg gegangen.

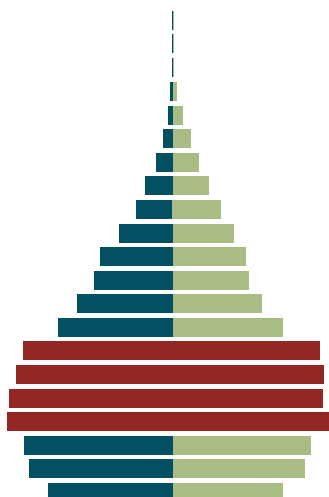
Auch in heutigen Schwellenländern wie China und Indien sind die gegenwärtigen wirtschaftlichen Erfolge nicht zuletzt auf Veränderungen in der Altersstruktur zurückzuführen. Zum Beispiel macht in China die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren inzwischen über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.¹ Die chinesischen Wirtschaftswachstumsraten lagen in den letzten Jahren meist im zweistelligen Bereich.

Viele Länder Lateinamerikas sind dem Pfad der Tiger gefolgt, wenngleich es ihnen nicht immer gelang, die demografische Dividende vollständig einzufahren. Während Chile, Argentinien, Mexiko oder Brasilien in ihrer sozioökonomischen Entwicklung bereits weit fortgeschritten sind und den größten Bevölkerungszuwachs schon hinter sich haben, waren anderenorts in der entscheidenden Zeit, als die Geburtenraten fielen, die Bildungsinvestitionen zu niedrig und die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schlecht. Auch wurden wirtschaftliche Überschüsse häufig nicht gewinnbringend im Inland investiert.¹⁹ Deshalb sind die Entwicklungserfolge dieser Länder oft geringer als die einiger asiatischer Nationen. So leben in manchen lateinamerikanischen Staaten, etwa in Kolumbien, Peru, El Salvador oder Panama noch heute über 15 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei Dollar am Tag und damit in Armut. In den Tigerstaaten Südkorea und Singapur ist eine solche Armut längst Vergangenheit.³

Andere Länder stehen noch am Anfang ihres demografischen Bonus – wie etwa Kambodscha, Laos oder Botswana. In diesen Staaten gibt es eine starke Generation junger Erwachsener, die am Beginn ihres Berufslebens stehen, während die Fertilitätsrate bereits relativ deutlich gesunken ist. Es kommt nun darauf an, die jungen Menschen auszubilden, für sie Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch einen Überschuss an Staatseinnahmen zu erwirtschaften, um diesen gewinnbringend in das eigene Land zu investieren.

In den meisten Ländern Subsahara-Afrikas müssten die Geburtenraten dagegen erst noch fallen, damit überhaupt ein demografischer Bonus entstehen kann. Durchschnittlich werden in der Region noch immer rund fünf Kinder pro Frau geboren. Die hohe Fertilitätsrate führt dazu, dass die Bevölkerung mit einem Anteil von 42 Prozent an Unter-15-Jährigen extrem jung ist. Diese Menschen

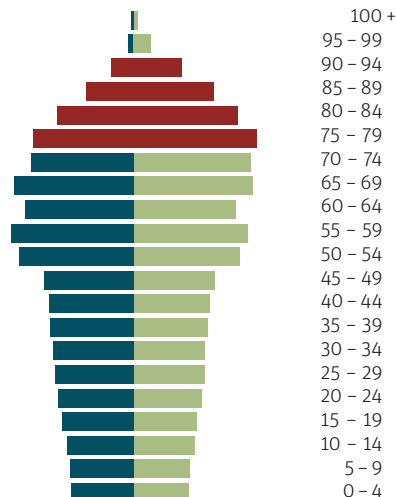
1990



2010



2050

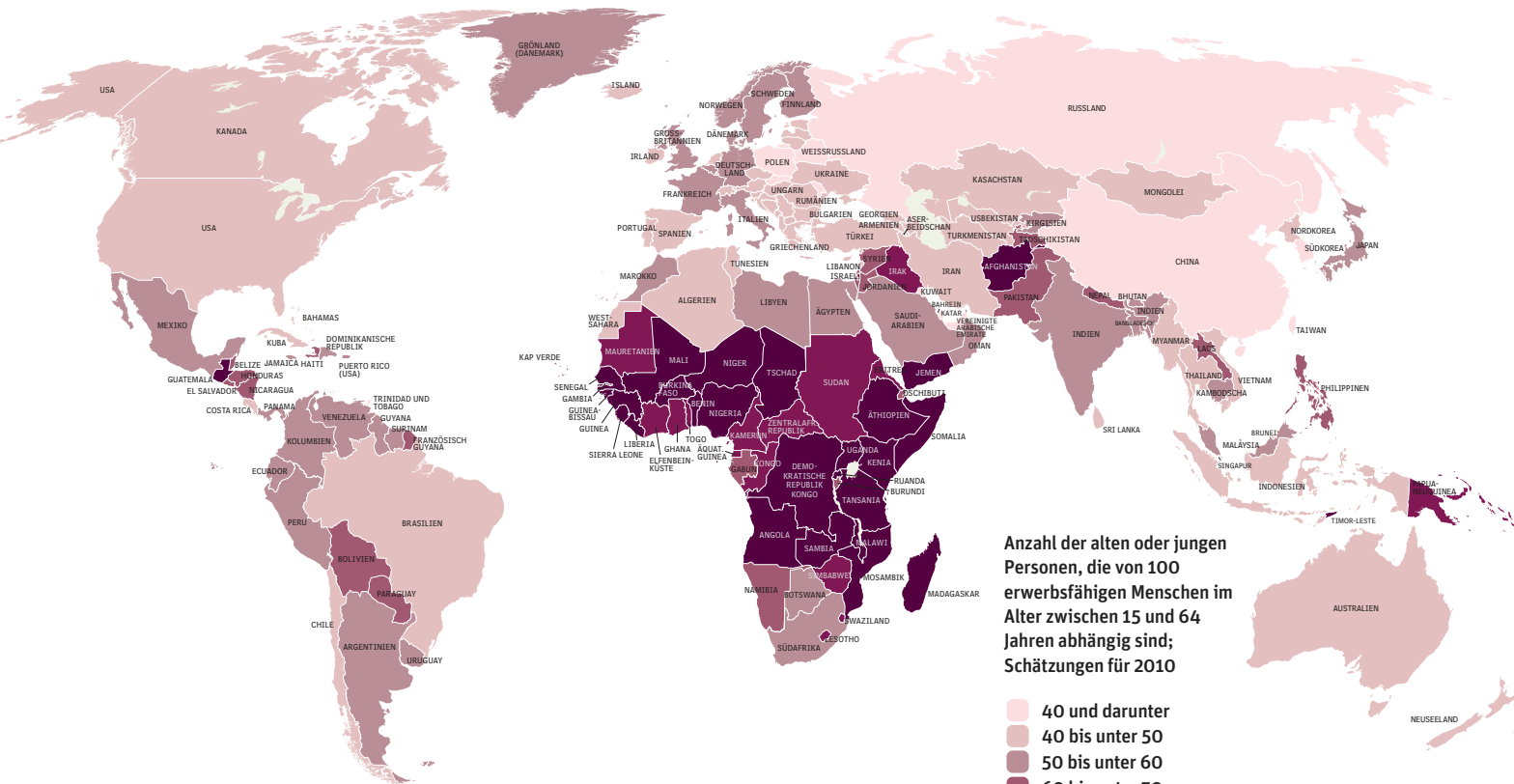


3.000 2.000 1.000 0 1.000 2.000

3.000 2.000 1.000 0 1.000 2.000

3.000 2.000 1.000 0 1.000 2.000

100 +
95 – 99
90 – 94
85 – 89
80 – 84
75 – 79
70 – 74
65 – 69
60 – 64
55 – 59
50 – 54
45 – 49
40 – 44
35 – 39
30 – 34
25 – 29
20 – 24
15 – 19
10 – 14
5 – 9
0 – 4



Anzahl der alten oder jungen Personen, die von 100 erwerbsfähigen Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren abhängig sind; Schätzungen für 2010

- 40 und darunter
- 40 bis unter 50
- 50 bis unter 60
- 60 bis unter 70
- 70 bis unter 80
- 80 und darüber

(Datengrundlage: United Nations¹⁾)

Wo es viele Erwerbsfähige gibt

Gesellschaften, die nur wenige Kinder und ältere Menschen versorgen müssen, stehen grundsätzlich mehr finanzielle Mittel für wirtschaftliche Investitionen zur Verfügung als sehr alten oder sehr jungen Gesellschaften. Gegenwärtig profitiert beispielsweise China von seiner günstigen Altersstruktur. Das heutige Wirtschaftswachstum wäre ohne den Geburtenrückgang der Vergangenheit nicht denkbar. In Europa verschlechtert sich durch die Alterung der in den 1960er Jahren geborenen Babyboomer das Verhältnis zwischen Erwerbsbevölkerung und abhängiger, älterer Bevölkerung. Weil Afrika südlich der Sahara die höchsten Geburtenraten verzeichnet und die jüngste Bevölkerung der Welt hat, ist die dortige Altersstruktur momentan besonders ungünstig für die Entwicklung.

mit Nahrung und Trinkwasser, mit Bildung, Gesundheitsdienstleistungen und Arbeit zu versorgen ist eine immense Herausforderung für die meist armen und wirtschaftlich schwachen Länder. In einigen Jahren, wenn diese jungen Menschen im erwerbsfähigen Alter sind, könnten sie ihren Ländern zur Entwicklung verhelfen – vorausgesetzt, die Geburtenraten würden massiv sinken und die nachfolgenden Kinderjahrgänge kleiner werden lassen. Dies setzt die Einsicht voraus, dass starkes Bevölkerungswachstum Entwicklung behindert und Familienplanungsprogramme Teil jedes Entwicklungskonzeptes sein müssen. Um den demografischen Bonus dann in eine Dividende zu verwandeln, sind neben Jobs und Bildung auch eine effiziente Verwaltung und effektive Regierungsführung notwendige Voraussetzungen.²⁰

Die Tigerstaaten waren letztlich erfolgreich, weil sie alle eine starke politische Führung hatten. Weil die staatlichen Strukturen in Lateinamerika teilweise schwach waren, konnte dort die demografische Dividende nicht im gleichen Maß eingefahren werden. In Afrika gelten derzeit Botswana, Namibia, Südafrika und Ghana als Musterschüler im Bereich der guten Regierungsführung. Doch Afrika hat auch die meisten gescheiterten Staaten der Welt, die ihren Bürgern weder Sicherheit noch eine Grundversorgung gewährleisten können – darunter kriegs- und krisengeschüttelte Länder wie Somalia, der Sudan oder Sierra Leone. Für solche Staaten sind die Prognosen in jeder Hinsicht düster. Nicht nur, weil die für die vielen jungen Menschen notwendige Infrastruktur nicht bezahlbar ist, sondern auch, weil Konfliktpotenzial und Gewaltbereitschaft in Ländern mit einem hohen Anteil an Jugendlichen steigen, wenn diese keine Perspektiven haben.²¹

Wechselwirkungen zwischen Bevölkerung und Entwicklung

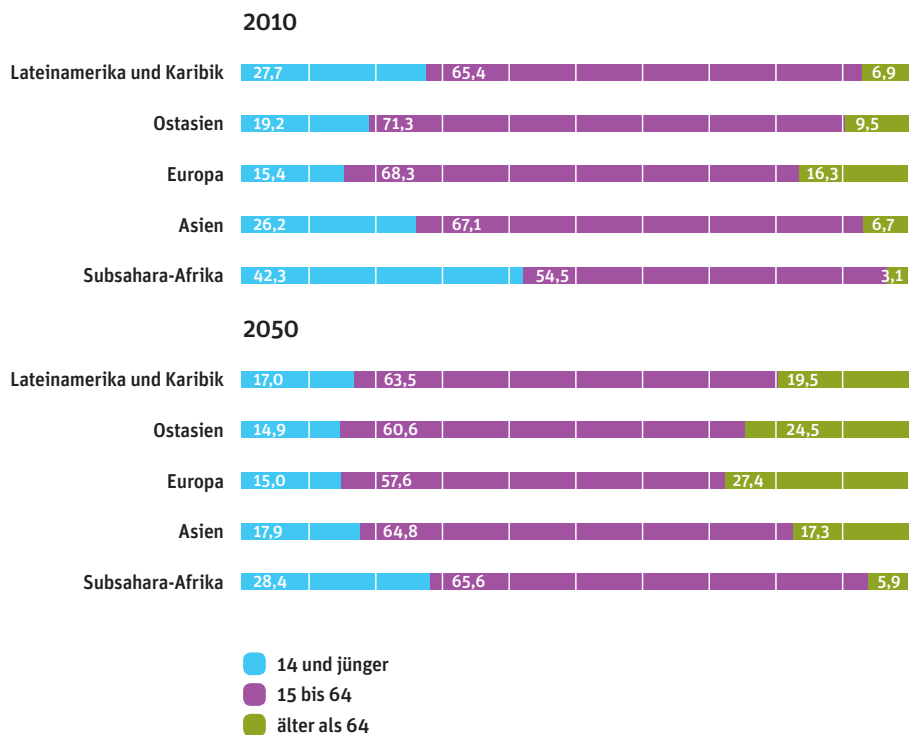
Wie sich eine Bevölkerung entwickelt, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Umgekehrt wirkt sich die Bevölkerungsdynamik und -zusammensetzung in nahezu allen Bereichen auf den Entwicklungserfolg eines Landes aus. Dabei ist die absolute Bevölkerungszahl eines Landes fast unbedeutend. Vielmehr kommt es auf das Humanvermögen der Bevölkerung an, welches wiederum vom Bildungsstand, von der Altersstruktur und von den Möglichkeiten abhängt, vorhandene Potenziale in einem geeigneten wirtschaftlichen und politischen Umfeld auch zu nutzen.

Subsahara-Afrika bleibt jung, während Europa ergraut

Gegenwärtig hat Subsahara-Afrika die jüngste Bevölkerung der Welt. Doch schon in vierzig Jahren dürfte sich die Altersstruktur auch dort Prognosen der Vereinten Nationen zufolge merklich verändert haben: Der Anteil der jungen Menschen dürfte zugunsten der Erwerbsbevölkerung zurückgehen. Subsahara-Afrika könnte dann eine Altersstruktur haben, die der heutigen Lateinamerikas und der Karibik gleicht, und daraus – theoretisch – großes wirtschaftliches Kapital schlagen. In den anderen Weltregionen wird die Bevölkerung zwischenzeitlich stark altern. In Lateinamerika und der Karibik dürfte es 2050 anteilig so viele ältere Menschen geben wie heute in Europa. Schneller noch als Europa könnte die Region Ostasien altern, weil dort in den Tigerstaaten und China die Fertilität besonders schnell gesunken ist.

Wirtschaftswachstum: Das Beispiel des demografischen Bonus zeigt, wie wichtig die Altersstruktur für die wirtschaftliche Leistung eines Landes sein kann. Je weniger junge und alte Menschen eine erwerbsfähige Bevölkerung versorgen muss, desto mehr Mittel werden für ihre persönliche Entfaltung und die Entwicklung des Landes frei. Wirtschaftliche Erfolge bewirken ihrerseits einen gesellschaftlichen Wandel: In vormalig agrarisch geprägten Ländern werden Kinder von einem Nutzenfaktor als billige Arbeitskräfte für ihre Familien zu einem Kostenfaktor, weil sich die Ausbildungszeit bis ins junge Erwachsenenalter hinzieht. Unter solchen Bedingungen sinken die durchschnittlichen Kinderzahlen weiter.²²

Wie groß die wirtschaftlichen Entwicklungschancen durch den demografischen Bonus tatsächlich sind, hängt davon ab, wie schnell und wie stark die Fertilität sinkt. Je schneller die Kinderzahlen fallen und je weiter sie zurückgehen, desto günstiger entwickelt sich die Altersstruktur aus Sicht des Arbeitsmarktes. Sinkt die Fertilität in kurzer Zeit sehr stark – wie etwa in China durch die Einführung der Ein-Kind-Politik – ist allerdings zeitversetzt mit einer entsprechend abrupten und ausgeprägten Alterung der Bevölkerung zu rechnen. Diese wird künftig einen sehr großen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit Chinas haben.



Bevölkerungsanteil der jeweiligen Altersgruppen in ausgewählten Weltregionen, Angaben in Prozent, mittlere Variante (Datengrundlage: United Nations¹)

Bildung: Unabhängig davon, in welchem demografischen Stadium ein Land gerade steckt – Bildung ist elementar. Bei starkem Bevölkerungswachstum hilft insbesondere Bildung für Mädchen und Frauen, dieses zu verlangsamen. So entscheiden sich Frauen, die über die Grundschule hinaus eine weiterführende Schule besucht haben, für weniger Kinder.²³ In Äthiopien beispielsweise bekommen diese Frauen bis zu vier Kinder weniger als Frauen ohne Abschluss.²⁴

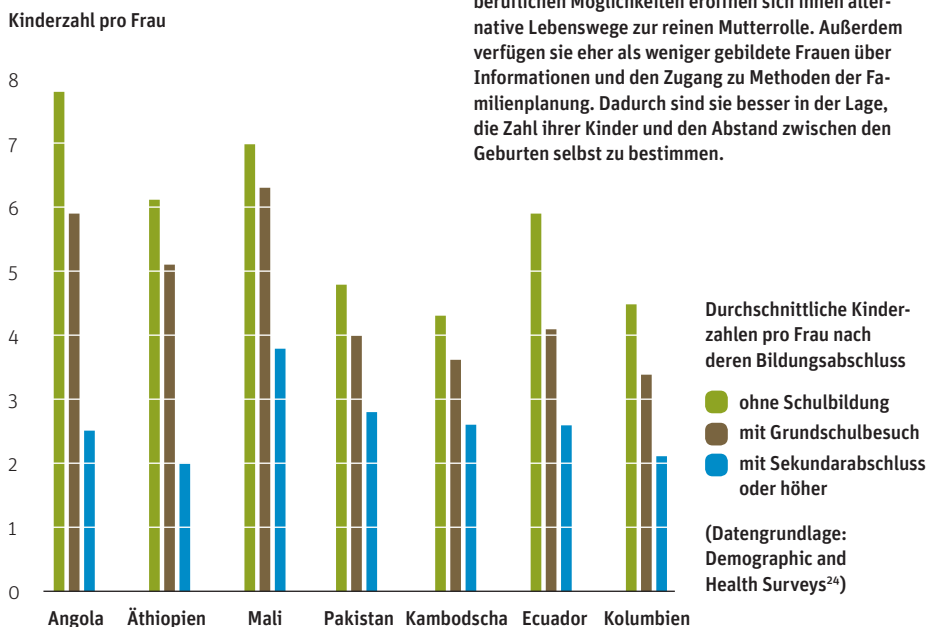
Wo der Anteil junger Menschen hoch ist, schafft eine Primär- und Sekundärbildung das Humankapital für die ersten Stufen wirtschaftlicher Entwicklung. Dabei investieren Familien, in denen Mütter gebildet sind, mehr in die Ausbildung und auch Gesundheit ihrer Kinder.²³ In vielen der ärmsten Länder droht

jedoch selbst bei steigenden Investitionen das durchschnittliche Bildungsniveau abzusinken, weil die Zahl der Schulanwärter zu schnell wächst. So dürfte in Ländern wie Afghanistan, Mali oder Guinea die absolute Zahl an Menschen ohne Schulbildung bis 2025 steigen.²⁵ In Gesellschaften, denen Alterung und später Schrumpfung droht, sind hochqualifizierte Menschen die wichtigste Ressource, um den zahlenmäßigen Verlust an Humankapital auszugleichen.

Gesundheit: In Regionen mit hoher Kindersterblichkeit liegen die Kinderzahlen je Frau generell sehr hoch. Eltern, die im Alter auf ihre Kinder angewiesen sind, versuchen so das Risiko der hohen Verluste auszugleichen.²⁶ Afrika südlich der Sahara hat mit durchschnittlich fünf Kindern pro Frau weltweit die höchsten Fertilitätsraten, und mit 86 Sterbefällen pro 1.000 Geburten auch die höchste Säuglingssterblichkeit.¹ Ebenso liegt dort das lebenslange Risiko einer Frau, im Rahmen einer Schwangerschaft oder Geburt zu sterben, 330-mal höher als in den entwickelten Ländern.²⁷ Umgekehrt verbessert sich bei weniger Geburten – sowie bei größerem Abstand zwischen ihnen – die Gesundheit von Mutter und Kind.²⁸ Die Verfügbarkeit von Mitteln zur Familienplanung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Weltweit ist ein Viertel aller Schwangerschaften ungewollt.²⁹ 215 Millionen Frauen, die eigentlich gar nicht schwanger werden wollen, fehlen die nötigen Mittel oder Kenntnisse, um mit modernen Methoden zu verhüten, oder sie unterliegen gesellschaftlichen Zwängen.³⁰ In Subsahara-Afrika hat beinahe jede vierte Frau im gebärfähigen Alter Bedarf an Verhütungsmitteln, der nicht gedeckt werden kann.³¹ Funktionierende Gesundheitsdienste, vor allem, wenn sie die sexuelle und reproduktive Gesundheit verbessern und Verhütung begünstigen, beeinflussen maßgeblich die Sterbe- und Geburtenraten. Darüber hinaus können sie ein wichtiges Mittel sein, um die HIV/Aids-Pandemie einzudämmen.

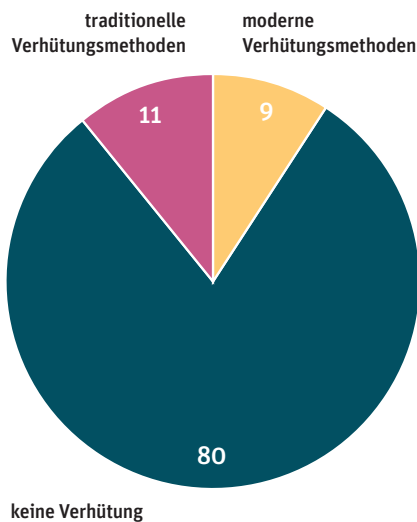
Bildung führt zu weniger Kindern

Überall auf der Welt bekommen gut gebildete Frauen weniger Kinder als ungebildete. Dies gilt vor allem für Frauen, die nach der Grundschule eine weiterführende Schule besucht haben. Durch ihre beruflichen Möglichkeiten eröffnen sich ihnen alternative Lebenswege zur reinen Mutterrolle. Außerdem verfügen sie eher als weniger gebildete Frauen über Informationen und den Zugang zu Methoden der Familienplanung. Dadurch sind sie besser in der Lage, die Zahl ihrer Kinder und den Abstand zwischen den Geburten selbst zu bestimmen.



Fehlende Verhütung – ungewollte Schwangerschaften in Subsahara-Afrika

17 Millionen ungewollte Schwangerschaften gab es Schätzungen zufolge im Jahr 2008 in Subsahara-Afrika. Ein Großteil davon ließe sich höchstwahrscheinlich vermeiden, hätten die betroffenen Frauen Zugang zu modernen Verhütungsmethoden. Wo Pille, Kondom, Spirale und Co. nicht verfügbar sind, wird oft auf traditionelle Weise (durch Abstinenz in den fruchtbaren Tagen oder Coitus interruptus) verhütet. Doch diese Methoden gelten als unsicher. So erklärt sich auch die hohe Zahl an Abtreibungen in Subsahara-Afrika, die häufig unter medizinisch und hygienisch bedenklichen Umständen stattfinden.³² In ländlichen Regionen und unter jungen Frauen ist der Bedarf an zuverlässiger Verhütung am höchsten.



Verwendete Verhütungsmethoden in Subsahara-Afrika, 2008, Angaben in Prozent
(Datengrundlage: Guttmacher Institute/UNFPA³³)

Gleichstellung der Frauen: Frauen in Entwicklungsländern wünschen sich tendenziell weniger Kinder, als sie tatsächlich bekommen. Männer tendieren meist zu noch mehr Nachwuchs.³¹ Mangels ausreichender Bildung, rechtlicher und sozialer Gleichstellung sowie ökonomischer Eigenständigkeit können Frauen ihren Wunsch nach kleineren Familien aber häufig nicht durchsetzen. Je niedriger der Gender Development Index (GDI), der den Status von Frauen in der Gesellschaft misst, desto höher sind tendenziell die Fertilitätsraten. Niger weist den weltweit niedrigsten GDI-Wert³ auf und hat die höchste Fertilitätsrate.¹ Die Gleichstellung der Geschlechter ist wahrscheinlich das wichtigste Instrument, um starkes Bevölkerungswachstum einzudämmen.

Regierungsführung und Sicherheitspolitik:

Studien zufolge steigen Konfliktpotenzial und Gewaltbereitschaft in Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum, weil es dort einen überproportionalen Anteil an Jugendlichen gibt, die keinen angemessenen Platz in der Gesellschaft finden. Vor allem männliche Jugendliche werden unter diesen Bedingungen leicht Opfer von Radikalisierung.²¹ Wo Gewalt, Korruption und Mismanagement herrschen, ist es nahezu unmöglich, ein hohes Bevölkerungswachstum zu reduzieren und Bedingungen für einen demografischen Bonus zu schaffen. Ein funktionierender Staatsapparat, eine effiziente Verwaltung und eine effektive Regierungsführung bilden notwendige Voraussetzungen, damit ein Staat erfolgreich in Bildung, Gesundheitsdienste und Arbeitsplätze investieren kann.²⁰

Infrastruktur: Das enorme Bevölkerungswachstum insbesondere in Subsahara-Afrika und Südasien erschwert es, Defizite in der Infrastruktur auszugleichen. Im ländlichen Raum hat dies vor allem Folgen für das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie für die Ernährungssicherheit. Dies führt zu verschärfter Migration in die städtischen Räume. So könnte Lagos in Nigeria mit einem

jährlichen Bevölkerungswachstum von knapp vier Prozent bis 2025 die elftgrößte Stadt der Welt werden und damit Megastädte wie Rio de Janeiro, Peking und Manila in ihrer Einwohnerzahl übertreffen.³⁴ Durch mangelhafte Infrastruktur wächst der informelle Sektor, wodurch Staaten wie Mexiko oder Indien erhebliche Steuereinnahmen verloren gehen. In Indien sollen mit 432 Millionen Menschen 86 Prozent aller Arbeitskräfte im informellen Sektor tätig sein.³⁵

Ernährung: Das starke Bevölkerungswachstum könnte in Zukunft in einigen Ländern häufiger Versorgungsengpässe auslösen. Preisspekulationen haben darüber hinaus schon 2008 die Kosten für Grundnahrungsmittel wie Reis oder Weizen in den Entwicklungsländern in die Höhe getrieben. Vor allem dank der Grünen Revolution werden weltweit eigentlich genügend Lebensmittel produziert – nur nicht immer da, wo sie benötigt werden. Insbesondere in Subsahara-Afrika fehlt eine an die lokalen Bedingungen angepasste Grüne Revolution. Auch geschürt durch den Klimawandel dürften bis zum Jahr 2080 in den Entwicklungsländern 90 bis 125 Millionen Menschen zusätzlich unter Hunger leiden.³⁶ Durch Landknappheit und Nutzungskonflikte droht sich die Lage zu verschärfen. Nutzungskonflikte entstehen dabei nicht nur auf lokaler, sondern auch auf internationaler Ebene, etwa wenn es darum geht, Agrarflächen für Nahrungsmittel, Futtermittel oder für nachwachsende Energierohstoffe zu nutzen. Sie könnten aber auch entstehen, wenn Länder wie China in Zukunft weitere afrikanische Flächen mieten oder aufkaufen, um darauf Nahrungsmittel für die eigene Bevölkerung zu produzieren.

Umwelt: Um all die zusätzlichen Menschen zu ernähren, muss die Landwirtschaft ihre Produktivität steigern. Das geschieht allerdings in den seltensten Fällen nachhaltig. Weil mehr Fläche für die Landwirtschaft benötigt wird, verschwinden ganze Wälder. Da gerade tropische Länder das stärkste Bevölkerungswachstum verzeichnen, trifft es vor allem die artenreichen Regenwälder.³⁷ So hat der Amazonasregenwald seit 1970 rund 20 Prozent seiner Fläche verloren. 80 Prozent der weltweiten Fischbestände, von denen sich mehr als 2,9 Milliarden Menschen ernähren, sind bereits heute überfischt.⁵ In manchen Regionen verringern sich die Erträge in der Landwirtschaft, weil fruchtbare Böden durch falsche Anbautechniken erodieren oder sich ihre Beschaffenheit durch den Klimawandel verschlechtert. Hinzu kommt, dass durch künstliche Bewässerung vielerorts die Böden versalzen. Außerdem bestehen Mängel in einer umweltgerechten Abwasserentsorgung – vor allem industrielle Abwässer fließen in Entwicklungsländern meist ungeklärt in Flüsse und Meere ab.³⁸ Dadurch geht der regionale natürliche Lebensraum verloren, was umso problematischer ist, wenn die Bevölkerung weiter wächst. Wo darüber hinaus zu der wachsenden Bevölkerung noch ein steigender Lebensstandard kommt, werden aus den regionalen Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen globale. Denn mit dem Wohlstand steigt der Pro-Kopf-Energie- und Ressourcenverbrauch überproportional. Zunehmende Mobilität, erhöhter Fleischkonsum und die steigende Nachfrage nach Konsumgütern sorgen für vermehrte Treibhausgas-Emissionen und schüren damit den globalen Klimawandel.³⁶

Klimawandel: Die Entwicklungsländer werden am stärksten vom Klimawandel getroffen, haben aber die geringsten Möglichkeiten, sich daran anzupassen. Die Auswirkungen sind dort besonders dramatisch, wo viele Menschen von begrenzten natürlichen Ressourcen leben, etwa am Nildelta oder in Bangladesch. Prognosen zufolge werden 2050 allein in Afrika 350 bis 600 Millionen Menschen in Gebieten mit Wasserknappheit leben.³⁹ 40 Prozent der Weltbevölkerung könnten bis Ende des 21. Jahrhunderts von den Auswirkungen der abschmelzenden Gletscher in Asien betroffen sein.³⁶

Flutkatastrophen wie in Pakistan im Sommer 2010 könnten sich in Zukunft häufen. Dass diese so desaströs ausfallen, liegt aber nicht allein am Klimawandel, sondern vor allem am Bevölkerungswachstum. In der Vergangenheit hat es in Pakistan immer wieder schwere Regenfälle gegeben, doch waren davon weit weniger Menschen betroffen. Die Bevölkerung des Landes hat sich in den letzten sechzig Jahren verviereinhalbfacht. Statt 41 Millionen Einwohnern 1950 leben heute über 184 Millionen in Pakistan.¹ Weil all die Menschen Lebensraum benötigen und ernährt werden müssen, haben die Pakistani die Natur durch menschliche Eingriffe verändert: Wälder wurden abgeholzt, Flüsse begradigt, Flusstäler besiedelt – das alles führte schließlich dazu, dass die Monsunregenfälle in einer Flutkatastrophe von bisher unbekanntem Ausmaß endeten.⁴⁰

Was sollte die Entwicklungszusammenarbeit tun?

Ohne eine demografische Dimension kann Entwicklung nicht nachhaltig sein, weil starkes Bevölkerungswachstum und die Alterung einer Gesellschaft auf lange Sicht Entwicklungserfolge zerstören können. Deshalb sollten demografische Fragen in Zukunft in entwicklungspolitischen Konzepten stärker berücksichtigt werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Gesichtspunkte im Hinblick auf die Entwicklungsländer noch einmal zusammengefasst. Diese Länder können nach demografischen Gesichtspunkten in drei verschiedene Gruppen eingeteilt werden:

Gruppe A: Der Geburtenrückgang muss erst noch eingeleitet werden.

Gruppe B: Der Geburtenrückgang findet bereits statt.

Gruppe C: Die demografische Dividende wird bereits eingefahren.

Zu **Gruppe A** zählen viele Länder Subsahara-Afrikas, in denen die Fertilitätsraten noch sehr hoch sind und teilweise bei über sechs Kindern pro Frau liegen. Um einen demografischen Bonus zu ermöglichen, bedarf es verschiedener Maßnahmen, die Geburtenraten zu reduzieren. Dazu können beispielsweise Bildungsprogramme speziell für Mädchen, aber auch für Jungen, verbesserte medizinische Versorgung vor allem im Bereich der Kinder- und Müttergesundheit und natürlich der Ausbau von Familienplanungsdienstleistungen beitragen. Letztere beinhalten unter anderem Beratungsangebote sowie die Bereitstellung verschiedener Verhütungsmethoden. Außerdem ist es wichtig, den vielen jungen Menschen, insbesondere den Frauen, eine Lebensperspektive zu bieten und Beschäftigungsmöglichkeiten auszubauen. Die erste Phase der Industrialisierung birgt die Chance, eine große Zahl auch ungelernter Kräfte zu beschäftigen, etwa in der einfachen Produktion wie der Textilindustrie oder der Rohstoffverarbeitung. Selbst aus diesen bescheidenen Aufstiegsmöglichkeiten ergeben sich neue Lebensoptionen und Planungshorizonte für die betroffenen Menschen, wodurch Familienplanung immer wichtiger wird. So kann ein demografischer Bonus entstehen und gleichzeitig können sich die Bildungsinvestitionen für die nachwachsenden Generationen erhöhen.

Zu **Gruppe B** gehören Länder mit verlangsamtem Bevölkerungswachstum, in denen die Fertilitätsraten bereits gefallen sind, und heute auf einem Niveau von zwei bis drei Kindern pro Frau liegen. Das ist zum Beispiel in Ägypten, Bangladesch, Indien oder in Kolumbien der Fall. Hier kommt es auf Investitionen in Wirtschaftsbereiche mit höherer Wertschöpfung, also Dienstleistungen, höherwertige Produktion sowie Forschung und Entwicklung an, um die demografische Dividende einzufahren. Der Ausbau der Erwachsenenbildung wird zunehmend wichtig, um die Qualifikation der Arbeitskräfte dem Bedarf anzupassen. Auch die zirkuläre Migration gewinnt an Bedeutung. Fachkräfte, die für einige Jahre im Ausland gearbeitet haben, kehren mit dem neuerworbenen Knowhow in ihre Heimatländer zurück und können dort Investitionen tätigen oder Unternehmen gründen. Nicht vergessen werden darf in diesen Ländern die Alterungswelle – die Kehrseite der demografischen Dividende. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig soziale Sicherungssysteme aufzubauen. Empfehlenswert sind sogenannte Dreisäulenmodelle, die erstens auf staatlicher Grundsicherung, zweitens auf betrieblicher und drittens auf privater Vorsorge basieren, denn eine reine Umlagenfinanzierung, wie sie einst in Deutschland entstehen konnte, ist angesichts der raschen demografischen Veränderungen nicht tauglich. In Phasen guter Wirtschaftsentwicklung bietet es sich an, einen staatlichen Nachhaltigkeitsfonds für Zukunftsaufgaben wie Bildung, Alterung und Forschung anzulegen.

Zu **Gruppe C** zählen Länder wie die Tigerstaaten Südkorea oder Taiwan, aber auch Schwellenländer wie China, Brasilien oder Argentinien. In diesen Ländern ist die Fertilität bereits auf ein niedriges Niveau gefallen, in vielen Tigerstaaten liegt sie sogar unter 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, der für eine stabile Bevölkerungsentwicklung nötig wäre. Einige dieser Länder müssen sich mittelfristig auf ein Schrumpfen der Bevölkerung einstellen. Zudem stehen alle Staaten dieser Gruppe in den nächsten zehn bis 25 Jahren vor dem Übergang der heute kopfstarken Schar an Erwerbsfähigen ins Pensionsalter. Deshalb ist es hier wichtig, die teils schon bestehenden Rentensysteme an die sich ändernde Altersstruktur anzupassen, die Staatsverschuldung möglichst zu reduzieren, die Gesundheitssysteme auf eine alternde Bevölkerung einzustellen und rechtzeitig für Zuwanderer zu werben, um die Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu schließen. Wichtig sind weiterhin Investitionen in Bildung, damit die zahlenmäßig schwächer besetzten, nachfolgenden Generationen möglichst gut qualifiziert sind, um die wirtschaftlichen Ausfälle der älteren Generationen ausgleichen zu können.

Bei allen drei demografischen Ländergruppen wird deutlich, dass die Motoren für wirtschaftliche Entwicklung stets Bildung und der Arbeitsmarkt sind. In den Anfängen der Entwicklung, also bei noch hohen Geburtenraten, kommt es gerade auf Verbesserungen im Gesundheitsbereich inklusive dem Ausbau von Familienplanungsdienstleistungen an. Besonders wichtig ist die Stellung der Frauen in der Gesellschaft, denn eine Ungleichbehandlung der Geschlechter, beziehungsweise eine Diskriminierung von Frauen, geht generell mit hohen Kinderzahlen einher. Sie verhindert auch die Qualifizierung von Frauen und deren Eintritt in den Arbeitsmarkt, welcher notwendig ist, um in alternden Gesellschaften produktiv zu bleiben. Wichtig ist es, all diese Bereiche miteinander zu verknüpfen und die Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Die Entwicklungspolitik braucht also eine ganzheitliche, umfassende Strategie. Nachhaltig kann diese Strategie nur sein, wenn sie die zukünftige Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt und frühzeitig auf Folgen der Alterung durch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme reagiert. Funktionieren kann eine solche Strategie nur in Zusammenarbeit und in Übereinstimmung mit den Partnerländern.

Welche Vorteile ergeben sich aus einer ganzheitlichen Entwicklungspolitik für Deutschland?

Deutschland, einst selbst Empfängerland milliardenschwerer Wiederaufbauhilfe nach dem Zweiten Weltkrieg, versteht es als seine Verpflichtung, sich international für die Armutsbekämpfung einzusetzen. Ziel deutscher Entwicklungspolitik ist es, Verbesserungen zu schaffen – etwa in der Bildungs- und Gesundheitssituation –, durch die sich die Partnerländer langfristig eigenständig entwickeln können. In diesem Sinne legt die deutsche Politik großen Wert auf Nachhaltigkeit. Nachhaltig kann Entwicklungspolitik jedoch nur sein, wenn sie um eine Bevölkerungskomponente erweitert wird. Nur bei einem Rückgang des starken Bevölkerungswachstums in den ärmsten Ländern lassen sich die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen, für die sich Deutschland engagiert.⁴¹

In der Entwicklungspolitik spiegeln sich immer auch die Interessen der Gebernationen. Aus einer ganzheitlichen Entwicklungspolitik, in deren Zentrum auch die demografische Entwicklung der Empfängerländer steht, ergeben sich verschiedene Vorteile für Deutschland.

Unter der Annahme, dass sich durch die demografische Dividende die Lebenssituation in den betreffenden Ländern verbessert, könnten sich beispielsweise die Migrationsströme aus den Entwicklungsländern verringern. Das bedeutet dann weniger Asylbewerber sowie weniger unkontrollierte und illegale Migration nach Europa.

Auch die deutsche Wirtschaft kann von einer bevölkerungsorientierten Entwicklungspolitik profitieren, denn wirtschaftliche Entwicklung und steigender Bildungsstand schaffen ein Potenzial für qualifizierte Migranten, auf die Deutschland und Europa angewiesen sind. Durch ein Modell der zirkulären Migration, von dem auch die Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren, kann dem Fachkräftemangel hierzulande begegnet werden. Daraus können zudem wertvolle Kontakte und neue wirtschaftliche Beziehungen entstehen und deutsche Unternehmen können sich frühzeitig als Wirtschaftspartner der aufstrebenden Länder empfehlen.

ANHANG: DATEN ZUR WELTBEVÖLKERUNG

	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2009 ¹	Bevölkerungswachstumsrate 2009 ¹	Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeburten ¹	Lebenserwartung Männer 2009 ¹	Lebenserwartung Frauen 2009 ¹	Einwohnerzahl 2010 ¹	Prognostizierte Einwohnerzahl 2050 ¹	Anzahl wirtschaftlich Abhängiger je 100 Erwerbsfähige (15-64) ¹	Verheiratete Frauen (15-49), die mit modernen Methoden verhüten ⁴	Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparität pro Einwohner 2008 ⁴	Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 2 US-Dollar am Tag lebt ³	Human Development Index 2009 ^{4,3}
		Prozent		Jahre	Jahre	in 1.000	in 1.000		Prozent	US-Dollar	Prozent	
Welt	2,5	1,2	46	66	70	6.908.688	9.149.984	53	55	10.030	-	-
Industrieländer	1,6	0,3	6	74	81	1.237.228	1.275.243	48	71	32.370	-	-
Entwicklungsländer	2,7	1,3	50	64	68	5.671.460	7.874.742	54	60	5.150	-	-
AFRIKA	4,5	2,3	80	53	56	1.033.043	1.998.466	78	23	2.630	-	-
Subsahara-Afrika	5,0	2,4	86	51	53	863.314	1.753.272	83	17	1.930	-	-
Ostafrika	5,2	2,6	73	53	55	327.186	711.430	88	23	1.030	-	-
Äthiopien	5,2	2,6	76	54	57	84.976	173.811	86	14	870	78	0,414
Burundi	4,5	2,7	96	49	52	8.519	14.846	69	8	380	93	0,394
Djibouti	3,8	1,7	82	54	57	879	1.469	64	17	2.330	41	0,520
Eritrea	4,5	2,9	52	58	62	5.224	10.787	79	5	630	-	0,472
Kenia	4,9	2,6	62	54	55	40.863	85.410	83	39	1.580	40	0,541
Madagaskar	4,6	2,6	63	59	62	20.146	42.693	84	29	1.040	90	0,543
Malawi	5,5	2,8	80	53	55	15.692	36.575	96	38	830	90	0,493
Mauritius	1,8	0,7	14	68	76	1.297	1.426	42	42	12.480	-	0,804
Mosambik	5,0	2,2	86	47	49	23.406	44.148	89	12	770	90	0,402
Ruanda	5,3	2,8	97	49	52	10.277	22.082	81	27	1.010	90	0,460
Sambia	5,7	2,5	90	46	47	13.257	28.957	97	33	1.230	82	0,481
Simbabwe	3,4	0,7	54	45	46	12.644	22.178	77	58	-	-	-
Somalia	6,4	2,4	107	49	52	9.359	23.522	91	1	-	-	-
Tansania	5,5	2,9	62	56	57	45.040	109.450	92	20	1.230	97	0,530
Uganda	6,3	3,3	72	53	54	33.796	91.271	105	18	1.140	76	0,514
Zentralafrika	5,5	2,5	110	47	50	128.909	272.969	91	7	1.710	-	-
Angola	5,6	2,6	113	46	50	18.993	42.267	89	5	5.020	70	0,564
Demokratische Rep. Kongo	5,9	2,7	115	46	49	67.827	147.512	96	6	290	80	0,389
Gabun	3,2	1,8	49	60	62	1.501	2.471	66	12	12.270	20	0,755
Kamerun	4,5	2,2	85	51	52	19.958	36.736	80	13	2.180	58	0,523
Kongo	4,3	1,9	79	53	55	3.759	6.863	79	13	3.090	74	0,601
Tschad	6,1	2,6	128	48	50	11.506	27.776	94	2	1.160	83	0,392
Zentralafrikanische Republik	4,7	1,9	103	46	49	4.506	7.603	79	9	730	82	0,369
Nordafrika	2,8	1,7	40	67	70	212.921	321.077	56	44	5.370	-	-
Ägypten	2,8	1,8	33	69	72	84.474	129.533	58	58	5.460	18	0,703
Algerien	2,3	1,5	29	71	74	35.423	49.610	46	52	7.940	24	0,754
Libyen	2,6	2,0	17	72	77	6.546	9.819	53	20	15.630	-	0,847
Marokko	2,3	1,2	29	69	74	32.381	42.583	50	55	4.330	14	0,654
Sudan	4,1	2,2	67	57	60	43.192	75.884	73	6	1.930	-	0,531
Tunesien	1,8	1,0	19	72	76	10.374	12.711	42	52	7.070	13	0,769
Westsahara	2,6	3,3	42	65	69	530	938	45	-	-	-	-
Südliches Afrika	2,6	0,9	46	50	53	57.968	67.388	55	58	9.390	-	-
Botswana	2,8	1,4	34	55	55	1.978	2.758	58	42	13.100	49	0,694
Lesotho	3,3	0,8	67	45	46	2.084	2.491	76	35	2.000	62	0,514
Namibia	3,3	1,9	32	61	62	2.212	3.588	67	53	6.270	62	0,686
Südafrika	2,5	0,8	45	50	53	50.492	56.802	54	60	9.780	43	0,683
Swasiland	3,5	1,4	62	47	46	1.202	1.749	73	48	5.010	81	0,572

* Der Human Development Index der Vereinten Nationen misst den Entwicklungsstand eines Landes, indem er Lebenserwartung, Bildungsstand und Einkommen der Bevölkerung zu einem Index kombiniert.

	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2009 ¹	Bevölkerungswachstumsrate 2009 ¹	Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeburten ¹	Lebenserwartung Männer 2009 ¹	Lebenserwartung Frauen 2009 ¹	Einwohnerzahl 2010 ¹	Prognostizierte Einwohnerzahl 2050 ¹	Anzahl wirtschaftlich Abhängiger je 100 Erwerbsfähige (15-64) ¹	Verheiratete Frauen (15-49), die mit modernen Methoden verhüten ⁴	Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparität pro Einwohner 2008 ⁴	Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 2 US-Dollar am Tag lebt ³	Human Development Index 2009 ³
		Prozent		Jahre	Jahre	in 1.000	in 1.000		Prozent	US-Dollar	Prozent	
Westafrika	5,1	2,5	96	51	52	306.058	625.601	84	10	1.600	-	-
Benin	5,4	3,1	82	61	63	9.212	21.982	86	6	1.460	75	0,492
Burkina Faso	5,8	3,3	79	52	55	16.287	40.830	94	13	1.160	81	0,389
Côte d'Ivoire	4,5	2,3	85	57	59	21.571	43.373	80	8	1.580	47	0,484
Gambia	5,0	2,7	75	55	58	1.751	3.763	82	9	1.280	57	0,456
Ghana	4,2	2,1	72	56	58	24.333	45.213	72	17	1.430	54	0,526
Guinea	5,3	2,4	95	56	60	10.324	23.975	85	6	1.190	87	0,435
Guinea-Bissau	5,7	2,2	111	47	50	1.647	3.555	85	6	530	78	0,396
Liberia	5,0	3,9	93	57	60	4.102	8.841	84	10	300	95	0,442
Mali	5,4	2,4	104	48	50	13.323	28.260	86	6	1.090	77	0,371
Mauretanien	4,4	2,3	72	55	59	3.366	6.061	72	8	2.000	44	0,520
Niger	7,1	3,9	85	51	53	15.891	58.216	109	5	680	86	0,340
Nigeria	5,2	2,3	108	48	49	158.259	289.083	83	10	1.940	84	0,511
Senegal	4,9	2,6	58	54	57	12.861	26.102	84	10	1.760	60	0,464
Sierra Leone	5,2	2,4	102	47	49	5.836	12.446	83	7	750	76	0,365
Togo	4,2	2,4	69	61	65	6.780	13.196	76	11	820	69	0,499
ASIEN	2,3	1,1	40	67	71	4.166.741	5.231.485	49	60	6.000	-	-
Ostasien	1,7	0,6	21	72	77	1.563.951	1.600.005	40	82	9.080	-	-
China	1,8	0,6	22	72	75	1.354.146	1.417.045	39	86	6.020	36	0,772
China, Hong Kong	1,0	0,6	4	80	85	7.069	8.623	32	80	43.960	-	0,944
China, Macao	1,0	2,0	5	79	83	548	593	25	-	52.260	-	-
Japan	1,3	-0,1	3	79	86	126.995	101.659	56	44	35.220	-	0,960
Mongolei	2,0	1,1	41	64	70	2.701	3.446	42	61	3.480	49	0,727
Nordkorea	1,9	0,4	47	65	70	23.991	24.562	45	58	-	-	-
Südkorea	1,2	0,4	4	76	83	48.501	44.077	37	67	28.120	-	0,937
Zentralasien	2,7	1,5	55	63	66	1.780.473	2.493.681	56	45	3.130	-	-
Afghanistan	6,5	3,4	154	44	44	29.117	73.938	93	16	-	-	0,352
Bangladesch	2,3	1,4	42	66	68	164.425	222.495	53	48	1.440	81	0,543
Bhutan	2,6	1,6	42	65	68	708	1.013	53	31	4.880	50	0,619
Indien	2,7	1,4	53	63	66	1.214.464	1.613.800	56	49	2.960	76	0,612
Iran	1,8	1,2	27	70	73	75.078	96.975	40	56	10.840	8	0,782
Kasachstan	2,3	0,7	25	59	71	15.753	17.848	44	49	9.690	17	0,804
Kirgisistan	2,5	1,2	36	64	72	5.550	6.882	52	46	2.130	52	0,710
Nepal	2,8	1,8	40	66	68	29.853	49.028	67	44	1.120	78	0,553
Pakistan	3,9	2,2	62	67	67	184.753	335.195	69	22	2.700	60	0,572
Sri Lanka	2,3	0,9	15	71	78	20.410	21.705	47	53	4.480	40	0,759
Tadschikistan	3,4	1,7	59	64	70	7.075	11.111	67	33	1.860	51	0,688
Turkmenistan	2,4	1,3	49	61	69	5.177	6.796	50	53	6.210	50	0,739
Usbekistan	2,2	1,1	47	65	71	27.794	36.439	49	59	2.660	77	0,710
Südostasien	2,3	1,2	27	68	73	589.615	765.966	49	53	4510	-	-
Indonesien	2,1	1,1	25	69	73	232.517	288.110	49	57	3.830	-	0,734
Kambodscha	2,9	1,7	59	60	63	15.053	23.795	57	27	1.820	68	0,593
Laos	3,4	1,8	47	64	67	6.436	10.744	68	29	2.060	77	0,619
Malaysia	2,5	1,6	9	72	77	27.914	39.664	51	-	13.740	8	0,829
Myanmar	2,3	0,9	72	60	64	50.496	63.373	47	33	1.290	-	0,586
Osttimor	6,4	3,2	63	61	63	1.171	3.217	91	21	4.690	78	0,489
Philippinen	3,0	1,8	22	70	74	93.617	146.156	61	34	3.900	45	0,751
Singapur	1,3	2,3	3	78	83	4.837	5.221	35	55	47.940	-	0,944
Thailand	1,8	0,6	7	66	72	68.139	73.361	41	70	5.990	12	0,783
Vietnam	2,0	1,1	19	73	77	89.029	111.666	46	69	2.700	48	0,725

	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2009 ¹	Bevölkerungswachstumsrate 2009 ¹	Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeburten ¹	Lebenserwartung Männer 2009 ¹	Lebenserwartung Frauen 2009 ¹	Einwohnerzahl 2010 ¹	Prognostizierte Einwohnerzahl 2050 ¹	Anzahl wirtschaftlich Abhängiger je 100 Erwerbsfähige (15-64) ¹	Verheiratete Frauen (15-49), die mit modernen Methoden verhüten ⁴	Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparität pro Einwohner 2008 ⁴	Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 2 US-Dollar am Tag lebt ³	Human Development Index 2009 ³
		Prozent		Jahre	Jahre	in 1.000	in 1.000		Prozent	US-Dollar	Prozent	
Westasien	2,9	1,9	29	69	74	232.702	371.833	57	35	10.590	-	-
Armenien	1,7	0,2	24	71	77	3.090	3.018	45	20	6.310	44	0,798
Aserbaidschan	2,2	1,2	42	68	73	8.934	10.579	44	14	7.770	-	0,787
Bahrain	2,2	2,0	10	75	78	807	1.277	39	-	-	-	0,895
Georgien	1,6	-1,0	33	68	75	4.219	3.267	45	27	4.850	30	0,778
Irak	4,0	2,2	32	65	72	31.467	63.995	78	33	-	-	-
Israel	2,8	1,6	5	79	83	7.285	10.649	61	-	27.450	-	0,935
Jemen	5,1	2,8	56	62	65	24.256	53.689	84	19	2.210	47	0,575
Jordanien	3,0	2,7	18	71	75	6.472	10.241	60	42	5.530	4	0,770
Katar	2,4	8,2	8	75	77	1.508	2.316	20	32	-	-	0,910
Kuwait	2,2	2,2	9	76	80	3.051	5.240	34	39	52.610	-	0,916
Libanon	1,8	0,7	21	70	74	4.255	5.033	47	34	10.880	-	0,803
Oman	3,0	2,1	12	75	78	2.905	4.878	51	-	20.650	-	0,846
Saudi Arabien	3,0	2,0	18	71	76	26.246	43.658	54	-	22.950	-	0,843
Syrien	3,2	2,9	15	73	76	22.505	36.911	61	43	4.350	-	0,742
Türkei	2,1	1,2	26	70	75	75.705	97.389	48	43	13.770	9	0,806
Vereinte Arabische Emirate	1,9	2,4	9	77	79	4.707	8.253	25	-	-	-	0,903
Zypern	1,5	1,0	5	77	82	880	1.175	44	-	24.040	-	0,914
EUROPA	1,5	0,1	7	71	79	732.759	691.048	46	56	25.580	-	-
Osteuropa	1,4	-0,3	11	64	75	291.485	239.961	40	48	14.440	-	-
Belarus	1,3	-0,5	9	64	75	9.588	7.275	39	57	12.150	-	0,826
Bulgarien	1,4	-0,6	11	70	77	7.497	5.392	45	40	11.950	2	0,840
Polen	1,3	-0,1	7	72	80	38.038	32.013	39	19	17.310	-	0,880
Republik Moldau	1,5	-0,8	18	65	72	3.576	2.734	38	44	3.210	29	0,720
Rumänien	1,3	-0,4	14	70	77	21.190	17.279	43	38	13.500	2	0,837
Russische Föderation	1,4	-0,4	11	61	73	140.367	116.097	39	53	15.630	-	0,817
Slowakei	1,3	0,1	7	71	79	5.412	4.917	38	66	21.300	-	0,880
Tschechische Republik	1,5	0,4	4	74	80	10.411	10.294	42	63	22.790	-	0,903
Ukraine	1,4	-0,6	12	63	74	45.433	35.026	42	48	7.210	-	0,796
Ungarn	1,4	-0,2	7	70	78	9.973	8.934	45	68	17.790	-	0,879
Nordeuropa	1,8	0,5	5	77	82	98.909	112.524	51	75	36.120	-	-
Dänemark	1,8	0,2	4	76	81	5.481	5.551	53	-	37.280	-	0,955
Estland	1,7	-0,1	7	68	79	1.339	1.233	48	56	19.280	-	0,883
Finnland	1,8	0,4	3	77	83	5.346	5.445	51	78	35.660	-	0,959
Großbritannien	1,9	0,5	5	77	82	61.899	72.365	51	79	36.130	-	0,947
Irland	2,0	1,7	4	78	83	4.589	6.295	47	66	37.350	-	0,965
Island	2,1	2,1	3	80	83	329	407	47	-	25.220	-	0,969
Lettland	1,4	-0,4	9	68	77	2.240	1.854	46	60	16.740	-	0,866
Litauen	1,4	-1,0	8	66	78	3.255	2.579	45	30	18.210	-	0,870
Norwegen	1,9	0,9	3	79	83	4.855	5.947	51	82	58.500	-	0,971
Schweden	1,9	0,5	3	79	83	9.293	10.571	53	65	38.180	-	0,963
Südeuropa	1,5	0,5	5	77	83	153.778	153.654	49	46	26.740	-	-
Albanien	1,9	0,4	15	74	80	3.169	3.303	48	10	7.950	8	0,818
Bosnien und Herzegowina	1,2	-0,2	12	73	78	3.760	3.008	41	11	8.620	-	0,812
Griechenland	1,4	0,2	4	77	82	11.183	10.939	48	46	28.470	-	0,942
Italien	1,4	0,4	4	78	84	60.098	57.066	53	39	30.250	-	0,951
Kroatien	1,4	-0,1	6	73	80	4.410	3.825	48	-	18.420	-	0,871
Malta	1,3	0,3	6	78	82	410	413	43	43	22.460	-	0,902
Mazedonien	1,4	0,0	14	72	77	2.043	1.857	42	10	9.950	3	0,817
Portugal	1,4	0,3	4	76	82	10.732	10.015	49	63	22.080	-	0,909

	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2009 ¹	Bevölkerungswachstumsrate 2009 ¹	Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeburten ¹	Lebenserwartung Männer 2009 ¹	Lebenserwartung Frauen 2009 ¹	Einwohnerzahl 2010 ¹	Prognostizierte Einwohnerzahl 2050 ¹	Anzahl wirtschaftlich Abhängiger je 100 Erwerbsfähige (15-64) ¹	Verheiratete Frauen (15-49), die mit modernen Methoden verhüten ⁴	Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparität pro Einwohner 2008 ⁴	Anteil der Bevölkerung, die von weniger als 2 US-Dollar am Tag lebt ³	Human Development Index 2009 ³
		Prozent		Jahre	Jahre	in 1.000	in 1.000		Prozent	US-Dollar	Prozent	
Serbien	1,6	0,1	11	72	77	9.856	9.193	47	19	11.150	-	0,826
Slowenien	1,4	0,2	4	75	82	2.025	1.954	43	59	26.910	-	0,929
Spanien	1,5	0,9	4	78	84	45.317	51.260	47	62	31.130	-	0,955
Westeuropa	1,6	0,2	4	78	83	188.587	184.908	52	69	36.440	-	-
Belgien	1,8	0,5	4	77	83	10.698	11.493	52	73	34.760	-	0,953
Deutschland	1,3	-0,1	4	77	83	82.057	70.504	51	66	35.940	-	0,947
Frankreich	1,9	0,5	4	78	85	62.637	67.668	55	76	34.400	-	0,961
Luxemburg	1,7	1,1	4	77	82	492	733	46	-	64.320	-	0,960
Niederlande	1,7	0,4	4	78	82	16.653	17.399	49	65	41.670	-	0,964
Österreich	1,4	0,3	4	77	83	8.387	8.515	48	41	37.680	-	0,955
Schweiz	1,5	0,4	4	80	84	7.595	8.514	48	78	46.460	-	0,960
LATEINAMERIKA	2,2	1,1	21	71	77	588.649	729.184	53	67	10.140	-	-
Karibik	2,3	0,8	34	69	75	42.312	49.491	54	55	-	-	-
Dominikanische Republik	2,6	1,4	28	70	76	10.225	13.441	59	60	7.890	15	0,777
Haiti	3,4	1,6	62	60	63	10.188	15.485	67	25	1.180	72	0,532
Jamaika	2,4	0,4	23	69	75	2.730	2.683	58	66	7.360	6	0,766
Kuba	1,5	-0,0	5	77	81	11.204	9.725	42	72	-	-	0,863
Trinidad und Tobago	1,6	0,4	25	66	73	1.344	1.278	38	38	23.950	14	0,837
Mittelamerika	2,4	1,2	18	73	78	153.115	196.844	57	63	11.910	-	-
Belize	2,8	2,0	16	75	79	313	506	63	31	6.040	-	0,772
Costa Rica	1,9	1,3	10	77	82	4.640	6.373	47	72	10.950	9	0,854
El Salvador	2,3	0,5	20	67	76	6.194	7.882	64	66	6.670	21	0,747
Guatemala	4,0	2,5	28	67	74	14.377	27.480	85	34	4.690	24	0,704
Honduras	3,2	2,0	27	70	75	7.616	12.402	70	56	3.870	30	0,732
Mexiko	2,2	1,0	16	74	79	110.645	128.964	53	67	14.270	6	0,854
Nicaragua	2,7	1,3	20	70	77	5.822	8.143	64	70	2.620	32	0,699
Panama	2,5	1,6	17	73	79	3.508	5.092	55	-	11.650	18	0,840
Südamerika	2,1	1,1	20	70	77	393.221	482.850	51	69	10.150	-	-
Argentinien	2,2	1,0	13	72	79	40.666	50.943	55	64	14.020	11	0,866
Bolivien	3,4	1,7	43	64	68	10.031	14.908	68	35	4.140	30	0,729
Brasilien	1,8	0,9	22	69	76	195.423	218.512	48	77	10.070	13	0,813
Chile	1,9	1,0	7	76	82	17.135	20.657	46	-	13.270	2	0,878
Ecuador	2,5	1,1	20	72	78	13.775	17.989	59	59	7.760	13	0,806
Guyana	2,3	-0,1	41	65	71	761	558	54	33	2.510	17	0,729
Kolumbien	2,4	1,4	18	70	77	46.300	62.877	52	68	8.510	28	0,807
Paraguay	3,0	1,7	31	70	74	6.460	9.867	63	71	4.820	14	0,761
Peru	2,5	1,1	20	71	76	29.496	39.776	56	50	7.980	19	0,806
Uruguay	2,1	0,3	13	73	80	3.372	3.637	57	75	12.540	4	0,865
Venezuela	2,5	1,6	16	71	77	29.044	42.042	54	62	12.830	10	0,844
NORDAMERIKA	2,0	0,9	6	77	82	351.659	448.464	49	73	45.890	-	-
Kanada	1,6	0,9	5	79	83	33.890	44.414	44	72	36.220	-	0,966
USA	2,1	0,9	6	77	82	317.641	403.932	50	73	46.970	-	0,956
OZEANIEN	2,4	1,3	22	74	79	35.838	51.338	54	63	24.380	-	-
Australien	1,8	1,0	4	79	84	21.512	28.724	49	75	34.040	-	0,970
Neuseeland	2,0	0,9	4	78	82	4.303	5.349	50	72	25.090	-	0,950

QUELLEN

- ¹ United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (2009): World Population Prospects: The 2008 Revision. CD-Rom edition. New York.
- ² World Bank (2010): World Development Indicators (<http://data.worldbank.org>).
- ³ United Nations Development Programme (2009): Human Development Report 2009. Overcoming barriers: Human mobility and development. New York.
- ⁴ Population Reference Bureau (2010): Data base (<http://www.prb.org/datafinder.aspx>).
- ⁵ Speidel, J. Joseph (2009): Population policies, programmes and the environment. In: Philosophical Transactions of the Royal Society 2009/364, S. 3049-3065.
- ⁶ United Nations Fund for Population Activities (2002): Population Ageing and Development. Operational Challenges in Developing Countries. Population and Development Strategies Series. Number 5. New York (http://www.unfpa.org/webdav/site/global/shared/documents/publications/2002/population_ageing.pdf).
- ⁷ United Nations, Population Division, Department of Economic and Social Affairs (2009). International Migrant Stock: The 2008 Revision. New York (<http://www.un.org/esa/population/migration/index.html>).
- ⁸ World Bank, Development Prospect Group, Migration and Remittance Team (2010): Outlook for Remittance Flows 2010-11. Migration and Development Brief 12 (<http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopmentBrief12.pdf>).
- OECD (2009): Entwicklungshilfe erreicht 2008 ihr bislang höchstes Niveau. Pressemitteilung (http://www.oecd.org/document/38/0,3343,de_34968570_35008930_44617766_1_1_1_1,00.html).
- ⁹ Hunger, Uwe (2003): Vom Brain Drain zum Brain Gain. Die Auswirkungen der Migration von Hochqualifizierten auf Abgabe- und Aufnahmeländer. Expertise im Auftrag der FES. Bonn.
- ¹⁰ Gertler, Paul J./ Molyneaux, John W. (1994): How Economic Development and Family Planning Programs Combined to Reduce Indonesian Fertility. In: Demography, 31/1, S. 33-63.
- Hardee, Karen/ Mutunga, Clive (2009): Population and Reproductive Health in National Adaption Programmes of Action (NAPAs) for Climate Change. Washington, DC: Population Action International (<http://www.unfpa.org/webdav/site/global/users/schensul/public/CCPD/papers/Hardee%20and%20Mutunga%20Paper.pdf>).
- ¹¹ Sen, Amartya (1997): Population Policy: Authoritarianism versus Cooperation. International Lectures on Population Issues. New Delhi (<http://www.abep.nepo.unicamp.br/docs/PopPobreza/AmartyaSen.pdf>).
- ¹² Demeny, Paul (1985): Bucharest, Mexico City, and Beyond. In: Population and Development Review, 11/1, S. 99-106.
- ¹³ United Nations (1974): The World Population Plan of Action. Bucharest (<http://www.population-security.org/27-APP1.html>).
- ¹⁴ Kröger, Inga et al. (2004): Das Ende der Aufklärung. Der internationale Widerstand gegen das Recht auf Familienplanung. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- ¹⁵ Ethelston, Sally et al. (2004): Progress and Promises. Trends in International Assistance for Reproductive Health and Population. Washington, DC: Population Action International.
- ¹⁶ Programme of Action of the United Nations International Conference on Population and Development (<http://www.iisd.ca/Cairo/program/p00000.html>).
- ¹⁷ Heller, Peter S. (2006): Asia: Ready or Not. In: Finance and Development, 43/3.
- ¹⁸ International Monetary Fund (2010): World Economic Outlook Database (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/01/weodata/index.aspx>).
- ¹⁹ Loewe, Markus (2007): Eine demographische Dividende für die Entwicklungsländer? Konsequenzen des weltweiten Alterungsprozesses. Analyse und Stellungnahme 6/2007. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

- ²⁰ Bloom, David E. et al. (2007): Realizing the Demographic Dividend: Is Africa any different? Program on the Global Demography of Aging, Harvard University (http://www.hsph.harvard.edu/pgda/WorkingPapers/2007/pgda_wp23_2007.pdf).
- ²¹ Kröhnert, Steffen (2004): Jugend und Kriegsgefahr. Welchen Einfluss haben demografische Veränderungen auf die Entstehung von Konflikten? Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Jugend_und_Kriegsgefahr/Jugend_und_Kriegsgefahr_web.pdf).
- ²² Hazan, Moshe/ Berdugo, Binyamin (2002): Child Labour, Fertility, and Economic Growth. In: The Economic Journal 112/482, S. 810-828.
- ²³ Lutz, Wolfgang (2009): Sola schola et sanitas: human capital as the root cause and priority for international development? In: Philosophical Transactions of the Royal Society 2009/364, S. 3031-3047.
- ²⁴ Demographic and Health Surveys (www.measuredhs.com).
- ²⁵ Wils, Annababette (2007): Window on the future: 2025. Projections of education attainment and its impact. Washington, DC: Education Policy Data Center.
- ²⁶ Kalemli-Ozcan, Sebnem (2003): A stochastic model of mortality, fertility, and human capital investment. In: Journal of Development Economics 2003/70, S. 103-118.
- ²⁷ World Health Organization (2007): Maternal Mortality in 2005: Estimates Developed by WHO, UNICEF and the World Bank. Geneva.
- ²⁸ Smith, Rhonda et al. (2009): Family Planning Saves Lives. Fourth Edition. Washington, DC: Population Reference Bureau.
- ²⁹ UNFPA (2010): Reducing Risks by Offering Contraceptive Services. Website (www.unfpa.org/mothers/contraceptive.htm).
- ³⁰ Guttmacher Institute/ IPPF (2010): Facts on Satisfying the Need for Contraception in Developing Countries. New York (<http://www.guttmacher.org/pubs/FB-Unmet-Need-Intl.pdf>).
- ³¹ Guttmacher Institute (2007): Facts About the Unmet Need For Contraception in Developing Countries. New York (http://www.guttmacher.org/pubs/2007/07/09/FB_unmetNeed.pdf).
- ³² Ringheim, Karin/ Gribble, James (2010): Improving the Reproductive Health of Sub-Saharan Africa's Youth. A route to achieve the millennium development goals. Washington, DC: Population Reference Bureau (<http://www.prb.org/pdf10/youthchartbook.pdf>).
- ³³ Guttmacher Institute/UNFPA (2009): Sub-Saharan Africa. Facts on Investing in Family Planning and Maternal and Newborn Health. New York.
- ³⁴ United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009): World Urbanization Prospects. The 2009 Revision. New York (<http://esa.un.org/unpd/wup/index.htm>).
- ³⁵ International Labor Organisation: G20 Statistical Update. India proves resilient to the crisis. Meeting of Labour and Employment Ministers 20-21 April, Washington, DC (http://www.dol.gov/ilab/media/events/G20_ministersmeeting/G20-india-stats.pdf).
- ³⁶ Population Action International (2009): The Importance of Population for Climate Change Challenges and Solutions. Factsheet 37. Washington.
- ³⁷ Stiftung Entwicklung und Frieden (2003): Globale Trends. Fakten. Analysen. Prognosen. Frankfurt am Main.
- ³⁸ UNESCO (2009): 3rd UN World Water Development Report (www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3).
- ³⁹ Parry, Martin et al. (2007): Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge (http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg2/en/contents.html).
- ⁴⁰ Kittlitz, Alard (2010): Viele Kinder, viele Sorgen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10. Oktober 2010, Nr. 40, S. 33.
- ⁴¹ Allen, Rebecca (2007): The Role of Family Planning in Poverty Reduction. In: Obstetrics & Gynecology, 110/5: 999-1002.

Impressum

Herausgeber:
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon (030) 22 32 48 45
Telefax (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Discussion Paper Nr. 4
November 2010

Autoren:
Lilli Sippel, Franziska Woellert,
Reiner Klingholz

Lektorat:
Margret Karsch, Tanja Kiziak

Organisation:
Christian Kutzner

Gestaltung:
Jörg Scholz, Köln
(www.traktorimnetz.de)

Das Berlin-Institut dankt der
KfW Entwicklungsbank für
die Ermöglichung dieser Studie.

Mit Ihrer Spende oder Zustiftung unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen globaler demografischer Veränderungen und der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

Das Berlin-Institut erstellt Studien, Diskussions- und Hintergrundpapiere, bereitet wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf und betreibt ein Online-Handbuch zum Thema Bevölkerung.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Online-Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter **www.berlin-institut.org**.

Das Berlin-Institut finanziert sich über Projektzuwendungen, Spenden und Forschungsaufträge. Das Institut ist als gemeinnützig anerkannt und erhält keinerlei öffentliche Grundförderung. Spenden und Zustiftungen an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Bei Überweisungen bitte unbedingt Name und Adresse angeben, damit eine Spendenquittung gestellt werden kann.

Kontakt:
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon 030 22324845
Telefax 030 22324846
E-Mail: info@berlin-institut.org

Berlin-Institut Discussion Papers:

1 Kleine Erfolge

Auch wenn es in Deutschland 2008 weniger Nachwuchs gab: Die Menschen bekommen wieder mehr Kinder – vor allem im Osten der Republik

2 Ungleiche Nachbarn

Die demografische Entwicklung in Deutschland und Frankreich verläuft gegensätzlich – mit enormen Langzeitfolgen

3 Glaube, Macht und Kinder

Erobern religiöse Menschen mit vielen Nachkommen die Welt?

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

www.berlin-institut.org